



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2007

---

## **Berichte der Arbeitsgruppen Rechtsextremismus des Bundes und des Kantons Basel Landschaft**

Widmer, Thomas ; Blaser, Cornelia ; Koch, Barbara

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-66915>

Book Section

Originally published at:

Widmer, Thomas; Blaser, Cornelia; Koch, Barbara (2007). Berichte der Arbeitsgruppen Rechtsextremismus des Bundes und des Kantons Basel Landschaft. In: Widmer, Thomas; Hirschi, Christian. Fallstudien zur Evaluation von Massnahmen gegen Rechtsextremismus. Zürich: Institut für Politikwissenschaften der Universität Zürich, 53-89.

# **FALLSTUDIEN 3 UND 4: BERICHTE DER ARBEITSGRUPPEN RECHTSEXTREMIS- MUS DES BUNDES UND DES KANTONS BASEL- LANDSCHAFT**

*Thomas Widmer*

*unter Mitarbeit von Cornelia Blaser und Barbara Koch*

## **Inhalt**

1	Einleitung .....	54
2	Evaluationskonzept .....	54
2.1	Fragestellung .....	54
2.2	Evaluationsmethodik .....	56
3	Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Bundes vom September 2000 .....	57
3.1	Einleitung .....	57
3.2	Untersuchungsinstrumente .....	57
3.3	Deskription .....	58
3.4	Analyse .....	59
3.4	Fazit .....	68
4	Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus Kanton Basel-Landschaft vom November 2001 .....	69
4.1	Einleitung .....	69
4.2	Untersuchungsinstrumente .....	69
4.3	Deskription .....	69
4.4	Analyse .....	72
4.5	Fazit .....	83
5	Anhang .....	84
5.1	Massnahmen .....	85
5.2	Interviews und Kontakte .....	87
5.3	Quellen- und Literaturverzeichnis .....	87

## 1 Einleitung

Sind öffentliche Stellen mit Problemlagen konfrontiert, zu denen keine eingespielten Routinen etabliert sind, und geht von diesen Situationen ein Handlungsdruck für die öffentliche Hand aus ohne dass klar wäre, welche Aktionen ergriffen werden sollten, reagieren sie des öfteren mit dem Einsetzen einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Thematik zu befassen und innert kürzerer oder längerer Frist einen Bericht vorzulegen hat, der geeignete Massnahmen vorschlägt.

Der vorliegende Text umfasst zwei evaluative Fallstudien, die sich mit den Tätigkeiten solcher Arbeitsgruppen und der daraus resultierenden Berichten zur Thematik des Rechtsextremismus befassen. Dabei wird der Frage nachgegangen, inwiefern diese Vorgehensweisen eine effektive Reaktion auf die wahrgenommene Problemlage darstellen. Konkret wird untersucht, inwiefern die untersuchten Berichte ihr Zielpublikum erreicht haben, ob dieser Personenkreis die Berichte auch aufgenommen und den darin enthaltenen Empfehlungen gefolgt ist, indem er die vorgeschlagenen Massnahmen realisiert. Die Wirkungen der Umsetzung der einzelnen Massnahmen liegen jedoch nicht im Fokus dieser Evaluation, da erfolgreiche Umsetzungen und allfällige Mängel nicht ausschliesslich auf die Grundlage „Bericht“ zurückzuführen sind und da dies die mögliche Reichweite einer Kurzevaluation bei weitem gesprengt hätte.

Die beiden nachfolgenden Fallstudien befassen sich mit zwei derartigen Arbeitsgruppen resp. deren Berichten und den darin enthaltenen Massnahmenvorschlägen:

- In der ersten Untersuchung wird der Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Bundes vom September 2000 analysiert.
- Die zweite Studie hat den 2. Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus vom November 2001: Massnahmen der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion des Kantons Basel-Landschaft zum Gegenstand.

Zur Evaluation dieser beiden Fälle wird demselben Evaluationskonzept gefolgt, das im nächsten Kapitel dargelegt wird. Im Anschluss daran folgen sodann in den Kapitel 3 und 4 die beiden Fallstudien, zuerst jene zur Bundesebene, danach jene zum Kanton Basel-Landschaft.

## 2 Evaluationskonzept

### 2.1 Fragestellung

Die Fragestellung besteht aus fünf Fragen, die sich am Prozess der Diffusion, Wahrnehmung, Akzeptanz und Umsetzung der in den Berichten enthaltenen Massnahmenvorschläge gegen Rechtsextremismus orientieren. Sie orientieren sich an einem Wirkungsmodell, wie es in Abbildung 1 dargestellt ist.

1. Wurden die im Bericht der Arbeitsgruppe formulierten Massnahmenempfehlungen an die im Bericht vorgesehenen Adressaten<sup>13</sup> weitergegeben?

Die erste Frage widmet sich der Diffusion des Berichts und den darin enthaltenen Massnahmen. Es wird untersucht, ob und auf welche Art und Weise die im Bericht angesprochenen Adressaten informiert wurden. Es wird dabei abgeklärt, in welcher Form (direkt/vermittelt [etwa via Medien]; schriftlich/mündlich [etwa im Rahmen von Veranstaltungen]; umfassend/partiell [nur einzelne Massnahmen]) die Information der Adressaten erfolgte.

---

<sup>13</sup> In dieser Fallstudie wird darauf verzichtet, jeweils die männliche und die weibliche Form anzuführen. Es sind jeweils Personen beider Geschlechter gemeint.

2. *Wie wurden der Bericht respektive die spezifischen Empfehlungen durch die betreffenden Adressaten aufgenommen?*

In einem zweiten Schritt wird untersucht, ob die mit den Empfehlungen angesprochenen Adressaten Kenntnis vom Bericht und den Massnahmen haben.

3. *Haben die mit den Massnahmenempfehlungen angesprochenen Adressaten die Empfehlungen akzeptiert?*

Die dritte Frage konzentriert sich auf den Aspekt der Akzeptanz, welcher auf den der Wahrnehmung folgt. Geklärt wird, ob die Adressaten den Bericht und die Massnahmen gutheissen oder ob sie diese als ungeeignet, unvernünftig oder unrealisierbar erachten.

4. *Welche Entscheidung haben die angesprochenen Adressaten bezüglich der Umsetzung der Empfehlungen getroffen?*

Im vierten Untersuchungsschritt werden die Entscheidungsprozesse bei den mit den Empfehlungen angesprochenen Adressaten analysiert. Im Zentrum steht, ob die Entscheide für oder gegen die Umsetzung der entsprechenden Massnahme gefallen sind und welche Gründe für diese Entscheide ausschlaggebend waren. Dies bedingt auch eine Abklärung hinsichtlich der Dauer des Entscheidungsprozesses und hinsichtlich der beteiligten Akteure.

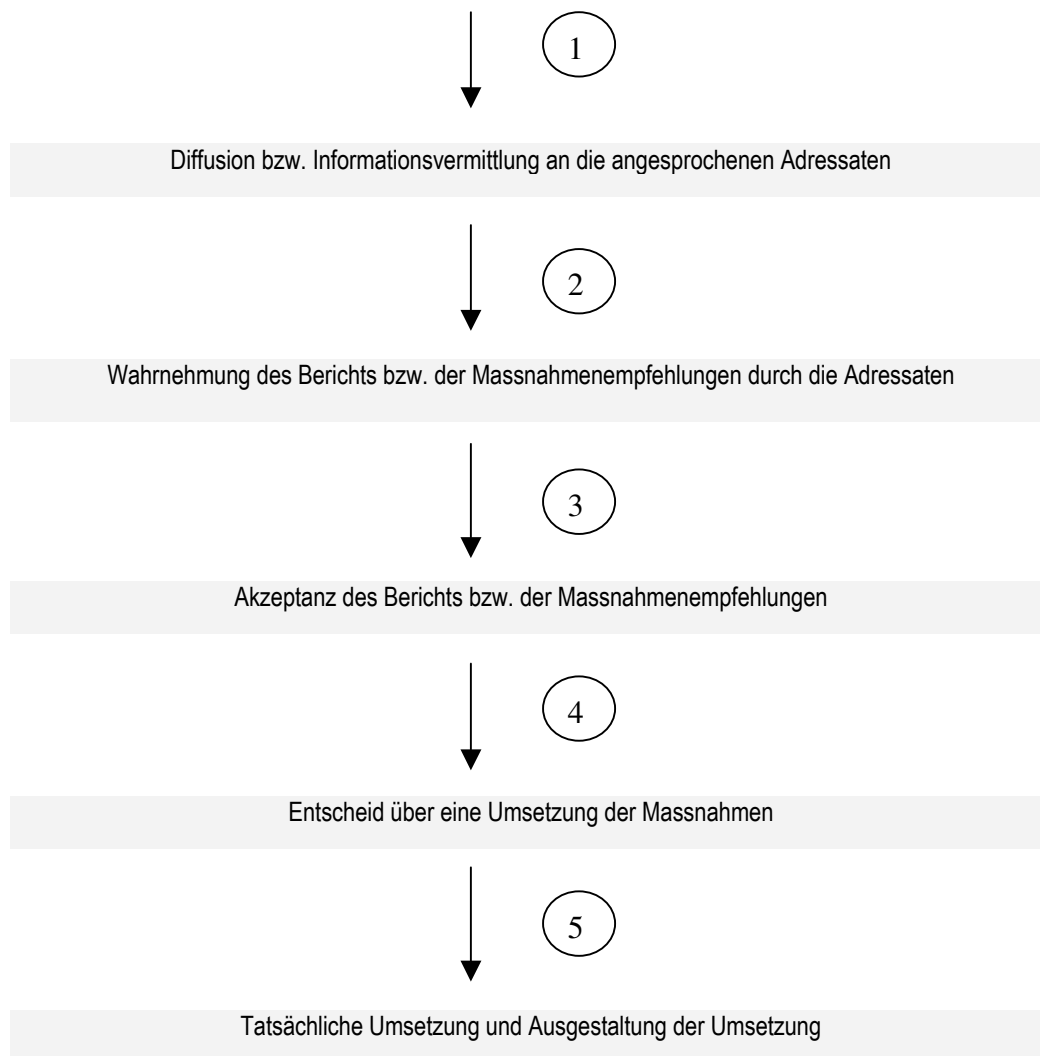
5. *Wie haben die angesprochenen Adressaten die Massnahmen umgesetzt?*

Ein Entscheid über die Durchführung einer Massnahme ist nicht gleichbedeutend mit der tatsächlichen Umsetzung derselben. Somit wird in einem letzten Schritt geprüft, ob und inwiefern die Entscheidungen zur Einführung neuer, Aufhebung alter oder Modifikation bestehender Massnahmen geführt haben. Über die blosser Umsetzung hinaus soll abgeklärt werden, in welchem Umfang die Empfehlungen umgesetzt wurden bzw. noch werden. Bei dieser Frage spielen auch die den einzelnen Akteuren zur Verfügung stehenden (materiellen und immateriellen) Ressourcen eine Rolle. Es ist weiter abzuklären, ob die getroffenen Massnahmen aufgrund der Empfehlungen der Arbeitsgruppe initiiert bzw. umgesetzt wurden oder ob diese auch ohne die entsprechenden Empfehlungen realisiert worden wären.

Die fünf hier im Zentrum stehenden Wirkungsstufen sind im nachstehenden Wirkungsmodell (siehe Abbildung 1) dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass dieses Wirkungsmodell erstens mit der Umsetzung der Massnahmen endet, also die Effekte der Realisierung der entsprechenden Massnahmen nicht berücksichtigt. Zweitens lässt es weitere, potentiell bedeutende Zusammenhänge ausser Acht, etwa die Auswirkungen der Berichte und deren Empfehlungen bei Akteuren, die nicht zum Adressatenkreis der Berichte gehören. So wäre es durchaus denkbar, dass der Bericht aus dem Kanton Basel-Landschaft auch in anderen Kantonen beigezogen worden ist oder dass der Bundesbericht auch ausserhalb der angesprochen Bundesstellen genutzt wurde. Drittens sind im Wirkungsmodell keine Rückkopplungsschlaufen vorgesehen. Das Wirkungsmodell geht von der Annahme aus, dass die fünf Stufen in sequentieller Form abgearbeitet werden. Weiter beschränkt sich die Betrachtung auf instrumentelle Formen der Nutzung und lässt andere Effekte ausser Betracht.

Diese erheblichen Ein- und Beschränkungen wurden in Kauf genommen, um bei der Evaluation ein vereinfachtes Modell der programmtheoretischen Zusammenhänge nutzen zu können. Selbstverständlich soll damit in keiner Weise postuliert werden, dass die nicht berücksichtigten Aspekte weniger oder überhaupt nicht relevant wären. Diese Vereinfachungen sollen keine Aussagen zur Relevanz implizieren, sondern der unter den gegebenen Restriktionen zu realisierenden Kurzevaluation ein nutzbares Instrument bereitstellen.

Abbildung 1: Wirkungsmodell



## 2.2 Evaluationsmethodik

Die Analyse der fünf dargelegten Evaluationsfragen erfolgt mit drei verschiedenen Instrumenten. Es erfolgt eine Analyse der relevanten Fachliteratur, um bestehende Kenntnisse zu berücksichtigen. Zweitens werden die fallspezifischen Dokumente, wie die entsprechenden Bereiche, Begleitmaterialien, Pressemitteilungen der Behörden und andere zweckdienliche Quellen, analysiert. Weiter werden mit Mitgliedern der entsprechenden Arbeitsgruppe sowie mit den Adressaten Interviews durchgeführt.

Aufgrund dieses Datenbestandes erfolgt eine Analyse, inwiefern die im Wirkungsmodell postulierten Zusammenhänge im konkreten Fall zu beobachten sind. Diese Analyse erfolgt in qualitativer Form. Falls die postulierten Zusammenhänge empirisch feststellbar sind, soll untersucht werden, wie diese erzielt werden konnten. Im gegenteiligen Fall soll der Frage nachgegangen werden, aus welchen Gründen dies nicht der Fall war. Der Beizug der Fachliteratur erlaubt eine fundierte Einschätzung der erzielten Effekte.

Als Orientierungslinie bei der Durchführung der beiden Fallstudien dienen uns zwei vorgängig im Rahmen des Forschungsprojektes ‚Evaluation von Massnahmen gegen Rechtsextremismus in der Schweiz‘ erarbeitete Grundlagen. Namentlich handelt es sich dabei einerseits um die ‚Herausforderungen der Evaluation von Massnahmen gegen Rechtsextremismus‘ (Widmer und Hirschi 2007a), ande-

rerseits um den ‚Leitfaden zur Evaluation von Massnahmen gegen Rechtsextremismus‘ (Widmer und Hirschi 2007b). Diese beiden Grundlagendokumente sollen im Rahmen der durchzuführenden Fallstudien auch auf ihre Relevanz, Aussagekraft und Angemessenheit überprüft werden, um aufgrund der so gewonnenen Erfahrungen zu gewährleisten, dass sie den Ansprüchen der Evaluationspraxis gerecht werden.

Eine weitergehende Spezifikation des empirischen Vorgehens erfolgt im Rahmen der zwei Fallstudien.

### **3 Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Bundes vom September 2000**

#### **3.1 Einleitung**

Diese evaluative Fallstudie untersucht den Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Bundes vom September 2000.

Der Bericht der Arbeitsgruppe ist in zwei zentrale Teile gegliedert. Im ersten Teil wird eine Schwachstellenanalyse erstellt. Im zweiten Teil werden die Massnahmen und Empfehlungen zur Behebung der Schwachstellen präsentiert. Um die Wirkung des Berichts zu evaluieren, wird in dieser Studie der Fokus auf der Umsetzung (formell und inhaltlich) der Massnahmenempfehlungen liegen. Es wird keine Bewertung der durchgeführten Schwachstellenanalyse vorgenommen.

#### **3.2 Untersuchungsinstrumente**

Um die fünf Evaluationsfragen zu beantworten, wurde eine Kombination von verschiedenen Untersuchungsinstrumenten gewählt. Die drei verwendeten Quellen sind die Analyse relevanter Texte (verschiedene Berichte des Bundes zu Rechtsextremismus etc.), die Sekundäranalyse der Fachliteratur und Interviews mit Mitgliedern der Arbeitsgruppe und mit Adressaten der Empfehlungen.

Als Methode wird eine Kombination von verschiedenen Instrumenten angewendet, um eine möglichst breite Abdeckung des Untersuchungsgegenstands und seines Umfelds zu erhalten. In einem ersten Schritt werden die schriftlichen Dokumente und Berichte auf Hinweise zur Umsetzung der Massnahmen und Empfehlungen untersucht. Zweitens wird anhand der Fachliteratur zur Wirkung von Berichten (Verwendung von Evaluationen, Analyse des politischen Prozesses) eine Einschätzung des Berichts der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus vorgenommen. Drittens werden Interviews mit den oben beschriebenen Akteursgruppen durchgeführt.

Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus, die den Bericht vom September 2000 verfasst hat, ist zum Teil personell mit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung von Massnahmen im Bereich Rechtsextremismus, die einen Bericht im Oktober 2001 präsentierte, identisch und auch inhaltlich sind die Berichte untereinander und mit den Extremismusberichten zuhanden des Bundesrats verbunden. Die Analyse dieser Berichte und Auswertungen geben einen ersten wichtigen und detaillierten Überblick über die Massnahmen und Empfehlungen, aber auch über ihren Umsetzungsstand. Durch den Beizug der Fachliteratur ist es möglich, eine Einschätzung der Wirkung des Berichts anhand der Überprüfung seines Aufbaus und seiner Struktur vorzunehmen. In der Fachliteratur gibt es gerade bezüglich Wirkung von Forschungsberichten viele Studien, die bei diesem Teil der Evaluation zum Tragen kommen sollen. In einem weiteren Schritt werden mit verschiedenen Akteuren Interviews zur Entstehung und Diffusion des Berichts und zur Umsetzung der Massnahmen und Empfehlungen

durchgeführt. Sie werden zur Abstützung von kausalen Schlüssen, die aus der Dokumentenanalyse hervorgingen, und zur Präsentation von Fallbeispielen beigezogen.

### **3.3 Deskription**

#### **3.3.1 Ausgangslage und Hintergrund**

Im Nachgang zu den Ausschreitungen der rechtsextremen Szene im Sommer 2000 wurde die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus beauftragt, die tatsächlichen und juristischen Unzulänglichkeiten zu untersuchen und der damaligen Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) bis zur Herbstsession 2000 der eidgenössischen Räten Vorschläge und Empfehlungen zu unterbreiten. (Vgl. auch Neue Zürcher Zeitung, 11.8.2000, Nr. 185: 11)

Der Auftrag der Arbeitsgruppe lautete: Erstellung einer Lageanalyse, Erfassen von tatsächlichen und juristischen Unzulänglichkeiten und Unterbreiten von Vorschlägen für Massnahmen zur Entschärfung des Problems (Arbeitsgruppe Rechtsextremismus 2000: 11). Neben einer ausführlichen Lageanalyse verfasste die Arbeitsgruppe einen Katalog von Massnahmen und Empfehlungen. Dieser Katalog bildet den Kerngegenstand dieser evaluativen Fallstudie.

Im Jahresvergleich von 1999 zu 2000 hat der harte Kern der rechtsextremen Szene in der Schweiz zugenommen. Im Jahr 1999 waren es rund 600 bis 700, im Jahr 2000 ca. 800 bis 900 Personen. Gemäss einem Interviewpartner hat sich der Rechtsextremismus in den letzten fünf Jahren in der Schweiz auf einem relativ hohen Niveau stabilisiert. Neben Konzerten und Festen in der Skinheadszone sind das Internet und die Hooliganszone Rekrutierungsmilieus für die rechtsextremistische Szene. Der Altersdurchschnitt der Mitglieder und Mitläufer liegt zwischen 16 und 22 Jahren (Schweizerischer Bundesrat 2004: 5028). „Rechtsextrem motivierte Aktivitäten gefährden teils punktuell, teils lokal erheblich die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Die Schweiz gilt nach wie vor als attraktiver Standort für Skinheadkonzerte und ähnliche Veranstaltungen“ (Schweizerischer Bundesrat 2004: 5013). Die zuständigen Verwaltungsstellen vertreten die Ansicht, dass der Rechtsextremismus als gesellschaftliches Phänomen auch in Zukunft ein bedeutendes Thema in Anbetracht der Sicherung der demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen der Schweiz sowie dem Schutz der Freiheitsrechte der Bevölkerung sein wird. Deshalb erachtet man es als wichtig, dass eine verantwortungsvolle Thematisierung des Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit stattfindet.

#### **3.3.2 Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus**

Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus setzte sich aus Vertretern aus verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Verwaltungsstellen zusammen: Bundesamt für Polizei (BAP), Bundesamt für Justiz (BJ), Eidgenössische Zollverwaltung (EZV), Grenzwachtkorps (GWK), Direktion für Völkerrecht (DVR), Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) sowie Kantonspolizei Thurgau und Bern. Zudem nahm als externer Experte Marcel Niggli, Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Freiburg, Einsitz in der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus stand unter der Leitung des Chefs der Bundespolizei (Arbeitsgruppe Rechtsextremismus 2000: 12).

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe trafen sich zu zwei ganztägigen Sitzungen um die Thematik, Schwerpunkte und den Inhalt des zu verfassenden Berichts zu diskutieren und festzulegen. In einem ersten Schritt erstellte die Arbeitsgruppe eine Bestandesaufnahme, indem sie eine allgemeine Lagedarstellung unter Einbezug des internationalen Umfelds skizzierte. Aufbauend auf diesem detaillierten Überblick wurde die Identifikation von Schwachstellen auf verschiedenen Ebenen der bestehenden Rechtsgrundlagen vorgenommen und in einem dritten Schritt die Formulierung von Empfehlungen zur Verbesserung des Instrumentariums zur Bekämpfung des Rechtsextremismus an die Hand genommen.

Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus hatten Vorschläge und Kritikpunkte zu Massnahmenempfehlungen einzubringen, die in der gemeinsamen Diskussion weiterentwickelt wurden. Für die Eingaben von Vorschlägen und für die Koordination der Arbeitsgruppe war deren Leiter federführend. Die befragten Personen aus der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus sind der Ansicht, dass die Arbeitsgruppe unter dem engen Zeitrahmen sehr produktiv und zielgerichtet gearbeitet hat. Sie sind der Auffassung, dass sich die gewählte Vorgehensweise bestens bewährt habe.

### **3.3.3 Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus**

Die Arbeitsgruppe hält in der Einleitung des Berichts fest, dass der Bericht nicht als abschliessende Antwort auf die anstehenden Problemlagen verstanden werden kann. „Er stellt die Lage und die möglichen Massnahmen summarisch dar, ist Diagnose und nicht Therapie. Er ist Entscheidungsgrundlage für die Richtung der Massnahmen. Diese müssen vertieft geprüft und anschliessend umgesetzt werden“ (Arbeitsgruppe Rechtsextremismus 2000: 12).

Der Bericht ist analog zum Vorgehen der Arbeitsgruppe gegliedert: Nach einer Bestandesaufnahme folgt die Schwachstellenanalyse und abschliessend ein ausführlicher Massnahmenkatalog. Nebst einem Überblick über die Situation und die geschichtliche Entwicklung in der Schweiz umfasst die Bestandesaufnahme auch einen Überblick zur internationalen Lage. Die allgemeine Lagedarstellung ist kurz gefasst, was einen raschen Einstieg in den Bericht und die Thematik erlaubt. Die Schwachstellenanalyse bezieht sich namentlich auf die von den Behörden festgestellten und in der Öffentlichkeit genannten Unzulänglichkeiten bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus (Arbeitsgruppe Rechtsextremismus 2000: 25). Basierend auf der allgemeinen Lagedarstellung und der Schwachstellenanalyse stellt der Massnahmenkatalog den dritten Hauptteil des Berichts dar. Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus unterteilt ihre Massnahmenempfehlungen in folgende Schwerpunkte: Sicherheitspolizeiliche Prävention, Repression, Koordination, Information und gesamtgesellschaftliche Aspekte.

## **3.4 Analyse**

### **3.4.1 Diffusion des Berichts (Frage 1)**

Der Auftraggeber der Arbeitsgruppe, der Bundesrat, war zugleich auch der Hauptadressat des Berichts. Der Bundesrat hat den Bericht aufgrund eines Aussprachepapiers des EJPD am 2. Oktober 2000 zur Kenntnis genommen. Der Behandlung im Bundesrat war ein Mitberichtsverfahren vorausgegangen. Mit Beschluss vom 2. Oktober 2000 ermächtigte der Bundesrat das EJPD, den Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus zu publizieren. Veröffentlicht wurde der Bericht sodann in gedruckter Form vom Bundesamt für Polizei. Die Bundeskanzlei verfasste eine Pressemitteilung zur Information der Öffentlichkeit über die Publikation des Berichts.

Gemäss den befragten Mitgliedern der Arbeitsgruppe war die Verbreitung des Berichts geeignet, die interessierten Stellen in der Bundesverwaltung über den Inhalt des Berichts zu informieren. Weitere interessierte Kreise hatten die Möglichkeit, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

### **3.4.2 Wahrnehmung durch die Adressaten (Frage 2)**

Der Bundesrat hat als Hauptadressat den Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus zur Kenntnis genommen und seine Publikation und weitere Nutzung mit dem Beschluss vom 2. Oktober 2000 bestimmt. Aufgrund der grossen Arbeitsbelastung der Bundesratsmitglieder muss davon ausgegangen werden, dass der Bundesrat aber die Ergebnisse der Arbeitsgruppe kaum im Detail wahrgenommen hat. Mit dem Auftrag vom 2. Oktober 2000 an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), an das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) und an das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), die Massnahmenempfehlungen zu prüfen, sorgte er jedoch dafür, dass sich die zuständigen Stellen in den genannten Departementen intensiver mit den Vorschlägen des



Berichts auseinanderzusetzen hatten. Diese Stellen waren auch bereits in die Erarbeitung des Berichts eingebunden, so dass die Berichtsinhalte hinreichend bekannt waren.

Der Bericht wurde auch in den entsprechenden kantonalen Direktionen wahrgenommen. Die Interviewpartner aus der Arbeitsgruppe bestätigten, dass der Bericht auf eine breite Resonanz gestossen ist; der Bericht wurde auch von den Medien rezipiert (vgl. etwa die Meldung der Schweizerischen Depeschagentur (SDA) in der Neuen Zürcher Zeitung, 4. Oktober 2000, Nr. 231, Seite 13; siehe auch Pressemitteilung des Bundesrates vom 2. Oktober 2000).

Weitere angesprochene Stellen wie zum Beispiel die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) haben vom Bericht Kenntnis genommen. Diese Stellen gaben teilweise auch eine Rückmeldung an das Bundesamt für Polizei. Einige dieser Stellen hatten schon während des Verfassens des Berichts Kontakt mit der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus, da die Arbeitsgruppe mit Fragen oder Diskussionsbedarf an sie gelangt war. Andere Stellen waren nicht in die Arbeit involviert und erfuhren von den entsprechenden Massnahmen erst durch die Lektüre des Berichts.

### 3.4.3 Akzeptanz (Frage 3)

Für die Akzeptanz des Berichts waren drei unterschiedliche Zielgruppen wichtig, die durch ihre Unterstützung des Berichts viel zur Umsetzung der Massnahmen beitragen konnten.

Die erste Gruppe sind die Mitglieder der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus selbst. Durch die gemeinsame überdepartementale Zusammenarbeit von Fachleuten aus der Bundesverwaltung unter Einbezug der Kantone und der Wissenschaft entstand eine hohe Akzeptanz für den Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus. Die Schwerpunktsetzung im Bericht und die Beschlüsse zu einzelnen Massnahmen wurden von der Mehrheit der Arbeitsgruppe aktiv getragen. Eine Minderheit der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus betrachtete die Verschärfungen der polizeilichen Prävention und Repression nicht als prioritär, sondern setzte den Schwerpunkt bei den gesellschaftlichen Massnahmen. Beide Bereiche wurden in den Bericht aufgenommen. Der Bericht wurde von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe aus den verschiedenen Ämtern und Institutionen gemeinsam entwickelt, was zu einer breiten Basis für den Bericht führte.

Die zweite zentrale Zielgruppe ist der Bundesrat, der für die Veröffentlichung und weitere Nutzung des Berichts verantwortlich zeichnet. Er nahm Kenntnis vom Bericht und veranlasste dessen Veröffentlichung. Wie weit der Bundesrat die Empfehlungen des Berichts akzeptiert hat, ist aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen schwer zu beurteilen. Die Verhandlungen des Bundesrates unterstehen der Geheimhaltung. Die vom Bundesrat getroffenen Entscheide und die damit verbundenen Verlautbarungen, auf die wir im nachfolgenden Abschnitt eingehen werden, lassen einen gewissen Interpretationsspielraum und keine eindeutigen Aussagen zu. Es kann lediglich festgestellt werden, dass sich der Bundesrat nicht klar gegen die Empfehlungen des Berichts gestellt und gewisse Empfehlungen explizit unterstützt hat.

Als dritte Zielgruppe für eine wirksame Umsetzung notwendige Akzeptanz sind die verwaltungsinternen und -externen Akteure, die für die Umsetzung einzelner Massnahmen verantwortlich sind. Bei diesen Stellen wurde der Bericht mehrheitlich positiv aufgenommen. Einige Akteure störten sich etwas daran, dass sie von den sie betreffenden Massnahmen erst durch die Lektüre des Berichts erfahren hatten und nicht direkt von der Arbeitsgruppe angesprochen wurden.

Die Analyse ergibt, dass die Arbeit und der Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus positiv aufgenommen und gewürdigt wurden. Dies gilt speziell für die bereits in die Erarbeitung des Berichts einbezogenen Stellen, sowie – mit gewissen Vorbehalten – für den Bundesrat als primären Adressaten.

### 3.4.4 Entscheid über die Umsetzung der einzelnen Massnahmen (Frage 4)

Der Bundesrat hat aufgrund des ihm zur Kenntnis gebrachten Berichts und in Einklang mit entsprechenden Empfehlungen der Arbeitsgruppe eine weitergehende Prüfung verschiedener Massnahmen beschlossen. Namentlich gilt dies für verschiedene vorgeschlagene Anpassungen nationalen und internationalen Rechtes, die Abklärung des Forschungsbedarfs, der Prüfung von Massnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus auf internationaler Ebene (speziell Internet) und die Schaffung einer interdepartementalen Arbeitsgruppe „Koordination und Umsetzung von Massnahmen im Bereich Rechtsextremismus.“

Nicht zuletzt aufgrund der Kurzfristigkeit der Abklärungen der Arbeitsgruppe ist der Bericht darauf ausgerichtet, keine entscheidungsfähigen Vorschläge zu unterbreiten. Vielmehr verfolgen die Empfehlungen die Stossrichtung, Massnahmen zu einer weiteren Prüfung vorzuschlagen. In diesem Sinne ist der Bundesrat den Intentionen des Berichts weitgehend gefolgt. Diese Konstellation erschwert es aber festzustellen, wie weit die Unterstützung des Bundesrates in den Anliegen des Berichts reicht, weil die Einsetzung einer weiteren Arbeitsgruppe oder die weitergehende Prüfung von Massnahmen keine Entscheide mit grosser Tragweite darstellen.

Weiter ist darauf zu verweisen, dass verschiedene Massnahmen schon zuvor in den Departementen Gegenstand einer Prüfung bildeten. So befand sich zum Beispiel das präventive Dispositiv der Bundespolizei in Überarbeitung, die Rechtssprechung zur Strafnorm von Art. 261<sup>bis</sup> StGB hat eben erst eingesetzt und wurde kritisch von der Bundespolizei begleitet, im Erziehungsbereich waren präventive Massnahmen schon früher geprüft worden, und auch auf internationaler Ebene wurden verschiedene Massnahmen diskutiert.

### 3.5.4 Umsetzung der Massnahmen (Frage 5)

Der Bundesrat beauftragte gestützt auf den Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus das EJPD, die Umsetzung der Massnahmen zu koordinieren und dem Bundesrat innert Jahresfrist darüber zu berichten. Mit dieser Aufgabe wurde eine neue interdepartementale Arbeitsgruppe wiederum unter Vorsitz des Chefs des Dienstes für Analyse und Prävention (DAP) betraut. Mit diesem zweiten Bericht vom Oktober 2001 legte die neue Arbeitsgruppe über ihre Arbeiten Rechenschaft ab und präsentierte Empfehlungen und Anträge für weitere Schritte zur Umsetzung von Massnahmen. (Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001; Schweizerischer Bundesrat 2002; vgl. Neue Zürcher Zeitung, 28.3.2002, Nr. 73: 14)

Der Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus kann bezüglich der Umsetzung der Massnahmen insoweit als wirkungsvoll beurteilt werden, als dass er zur Einsetzung einer weiteren Arbeitsgruppe geführt hatte, die den Auftrag zur Überprüfung, Umsetzung und Koordination der einzelnen Massnahmen hatte.

Die Umsetzung der Massnahmen wurde auch vom Bundesrat mit seinem Beschluss vom 2. Oktober 2000 gefordert. Die Arbeit der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus passt in die Strategie des Bundesrats im Bereich Rechtsextremismus, die auf drei Säulen basiert:

- Rassismus und Rechtsextremismus müssen, wie alle Formen des Extremismus, mit sämtlichen zur Verfügung stehenden rechtlichen Instrumenten und Mitteln bekämpft werden.
- Es darf in der Schweiz keine Toleranz für Gewalt, Rassenhass und Fremdenfeindlichkeit geben.
- Rechtsextremismus muss gleichzeitig präventiv und repressiv, durch Koordination und Information, national in Bund, Kantonen und Gemeinden sowie international bekämpft werden (Schweizerischer Bundesrat 2004: 5068).

Im Folgenden wird ein Überblick zur Umsetzung einzelner Empfehlungen aus dem Massnahmenkatalog gegeben. Diese Informationen stützen sich vor allem auf den Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppen Koordination und Umsetzung (2001), auf weitere Dokumente sowie auf die Angaben der Interviewpartner.

### *Sicherheitspolizeiliche Prävention*

Rassismus, Hooliganismus, Gewalt und entsprechende Propaganda sollen in der Schweiz stärker bekämpft werden. Nach den Empfehlungen der interdepartementalen Arbeitsgruppe „Koordination und Umsetzung von Massnahmen im Bereich des Rechtsextremismus“ in der auch die Kantone mitwirkten, will der Bundesrat die notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen. In einem ersten Paket werden die Rechtssetzungsarbeiten im Bereich Rassismus / Hooliganismus / Gewaltpropaganda bearbeitet (fedpol 2004b: 2).

Was rassistische oder zu Gewalt aufrufende Propaganda betrifft, so nahm mit dem Anstieg von Skinhead-Aktivitäten auch der Handel mit rechtsextremen Materialien in der Schweiz – speziell die Einfuhr von Tonträgern – erheblich zu. Das meiste Material wurde aus den Nachbarländern eingeführt. Der Inhalt des Materials verharmlost oder propagiert Gewalt und animiert dazu. Gleichzeitig nehmen international aber auch in der Schweiz die Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung in Sportstadien und an anderen Publikumsanlässen zu; Hooligans und gewaltbereite Skinheads agieren dabei oft gemeinsam (fedpol 2004b: 2).

In praktisch allen europäischen Ländern stehen straf- oder verwaltungsrechtliche Massnahmen zur Beschlagnahmung von Gewaltpropaganda zur Verfügung; die meisten Regelungen gehen dabei materiell weiter als die heute in der Schweiz geltenden (Art. 135 und 261<sup>bis</sup> StGB) (fedpol 2004b: 2).

Die vorgeschlagenen Regelungen enthalten Verstärkungen des straf- und verwaltungsrechtlichen Instrumentariums wie auch der Prävention. Namentlich sind Änderungen des Bundesgesetzes zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), des Strafgesetzbuches (StGB) und des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) vorgesehen (fedpol 2004b: 2).

Der mit der Inkraftsetzung des BWIS per 1. Juli 1998 aufgehobene Bundesratsbeschluss vom 29. September 1948 betreffend staatsgefährliches Propagandamaterial (sog. Propagandabeschluss) bildete jahrelang die Grundlage für die Beschlagnahme und Einziehung von Gewaltpropaganda. Die Aufhebung führte zu einer deutlichen Zunahme namentlich des rechtsextremistischen und gewaltaufrufenden Materials. Auf entsprechende Kritik und Fragen in den Medien und im Parlament (Frage 98.5124; Dormann, Staatsschutzgesetz) sicherte das EJPD zu, eine Lösung zu prüfen. Der aktuelle Entwurf knüpft nicht am damaligen, etwas generellen Kriterium „Staatsgefährlichkeit“ oder am allgemeinen Begriff der „Gefährdung der inneren oder äusseren Sicherheit“, sondern an den Merkmalen des Rassismus und der Gewalt an. Propagandaerzeugnisse mit extremen Inhalten, aber ohne konkreten und ernsthaften Appell an Gewalt, sind nicht erfasst. Die vorgeschlagene Regelung bildet damit keinen Rückschritt in den Propagandabeschluss des Kalten Krieges, sondern eine auf Gewaltverhinderung beschränkte verhältnismässige Massnahme (fedpol 2004b: 11).

Zu Gewalt aufrufendes Propagandamaterial kann von den Polizei-, Zoll- und Grenzschutzbehörden mit Blick auf ein rassendiskriminierendes Delikt bei der blossen Einfuhr nicht beschlagnahmt werden, wenn es sich nur um Einzelstücke handelt. Hier fehlt der Grundtatverdacht, dass damit eine auf die Öffentlichkeit abzielende Propaganda betrieben wird, wie sie bei der Einfuhr von grösseren Mengen identischen Materials in der Regel gegeben ist. Die Aufhebung des so genannten Propagandabeschlusses nach dem Inkrafttreten des BWIS hat zu einem deutlichen Ansteigen der Importe rassistischen Materials (vor allem Videos und Musikdatenträger) geführt. Dieses kann grundsätzlich nur im Rahmen einer gerichtli-

chen Verurteilung eingezogen werden. Die Erfahrung zeigt, dass das Material in vielen Fällen bei Freispruch zurückerstattet wird, weil das Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit fehlt. Zu einer nachhaltigen Prävention gehört nach Auffassung des Bundesrates auch die Einziehung von rassistischen und/oder zu Gewalt aufrufenden Propagandaartikeln, die für den Privatgebrauch und den privaten Handel beschafft worden sind (fedpol 2004b: 17).

Rechtsextremistische Gruppen und Personen suchen punktuell Sportveranstaltungen für ihre Zwecke und Ideen zu missbrauchen. Hooligans werden nach wie vor mit neonazistischer Symbolik rekrutiert. Die Gewaltausübung an Sportveranstaltungen geht in einigen Fällen von diesen Gruppen aus. Das Bundesamt für Polizei empfiehlt, dass nur durch konsequentes Herausholen potentieller Gewaltaktivisten aus der Anonymität eine wirksame Bekämpfung des gewalttätigen nationalen und internationalen Hooliganismus möglich ist (fedpol 2004b: 12).

Zur Bekämpfung des Hooliganismus standen bisher keine genügenden Instrumente zur Verfügung. Namentlich bestand mangels Rechtsgrundlage keine nationale Sammlung und Aufbewahrung von Daten notorischer Gewalttäter bei Publikumsveranstaltungen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen war die Führung einer entsprechenden Datenbank sehr umstritten (fedpol 2004b: 17).

Seit Juli 2001 befasste sich eine Arbeitsgruppe des Bundesamts für Sport mit einer Situationsanalyse der Gewalt bei Sportveranstaltungen (Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001: 33-4; 48-52). Zur genauen Beobachtung der Lage und der Szene seien gesetzliche Grundlagen zu schaffen (Schweizerischer Bundesrat 2004: 5072). Der Bundesrat entschied im Juni 2002, diese gesetzlichen Anpassungen in zwei Paketen zu bearbeiten, wobei sich das erste Paket von Rechtssetzungsarbeiten auf die Bereiche Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda (sog. BWIS I) und das zweite auf Arbeiten im Bereich Extremismus und Terrorismus (BWIS II) beziehen soll. Im Frühjahr 2003 gab der Bundesrat im Hinblick auf das erste Paket sodann einen Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda in Vernehmlassung, das namentlich Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Regelungen zu einer Hooligandatenbank umfasste (Schweizerischer Bundesrat 2005: 5618-9; 5620-1). Diese gesetzgeberischen Vorarbeiten standen nicht zuletzt unter dem Druck im Vorfeld der Durchführung der Fussball-Europameisterschaften im Jahre 2008 in der Schweiz. Zum Abschluss der parlamentarischen Behandlung verabschiedeten die eidgenössischen Räte die Änderungen im Bundesgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120) am 24. März 2006, die nach Ablauf der Referendumsfrist auf den 1. Januar 2007 in Kraft treten (AS 2006: 3703-10). Das darin enthaltene Rayonverbot, (Art. 24b), die Meldeauflage (Art. 24d) sowie die Regelung zur aufschiebenden Wirkung von Beschwerden (Art. 24g) sind – aufgrund der Umstrittenen Verfassungsmässigkeit – bis Ende 2009 befristet. Bis dahin sollen eine Verfassungsgrundlage auf Bundesebene respektive ein kantonales Konkordat eine ausreichende rechtliche Basis für eine unbefristete Regelung bringen. Die zugehörige Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (VWIS) wurde auch entsprechend angepasst (AS 2006: 3711-8). Das Gesetzgebungspaket BWIS II (Terrorismusabwehr) befindet sich in Vorbereitung (siehe fedpol 2006).

Bezugnehmend auf die diesbezüglichen Empfehlungen der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus (2000: 39) lässt sich festhalten, dass diese mit den dargelegten gesetzlichen Änderungen umgesetzt wurden. Namentlich im Falle der Datenbank Hooliganismus, aber auch beim Rayonverbot oder bei der Meldeauflage muss jedoch ergänzt werden, dass diese Änderungen auch unter dem Eindruck der kommenden Fussballeuropameisterschaften (Euro 08) standen.

### *Repression*

Im Bereich des Strafgesetzbuches geht es um die Ergänzung des bestehenden Dispositivs durch Schaffung neuer Straftatbestände „Kennzeichen mit rassendiskriminierender Bedeutung“ (Art. 261<sup>ter</sup> E-StGB) und „Rassendiskriminierende Vereinigung“ (Art. 261<sup>quater</sup> E-StGB). Die Verwendung von rassendiskriminierenden Zeichen soll strafrechtlich verfolgt werden können. Unter Strafe gestellt wird nur die öffentliche Verwendung rassendiskriminierender Kennzeichen. Der bestehende Artikel „Rassendiskriminierung“ (Art. 261<sup>bis</sup> StGB) soll nicht geändert werden. Beim neu vorgesehenen Straftatbestand "Rassendiskriminierende Vereinigung" soll die Rechtswidrigkeit der Vereinigung – sei es nach statutarischem Zweck, sei es aufgrund der tatsächlichen Tätigkeit – klar erkennbar sein. Die bei Art. 261<sup>bis</sup> StGB bestehenden Grenzen der Strafbarkeit (Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit) sollen sinngemäss auch hier gelten.

Aufgrund mangelnder Mehrheitsfähigkeit wurde inzwischen entschieden, auf den vorgeschlagenen Tatbestand gegen rassendiskriminierende Vereinigungen (Art. 261<sup>quater</sup> E-StGB) zu verzichten (EJPD 2004). Hingegen soll die Strafnorm gegen rassendiskriminierende Kennzeichen (Art. 261<sup>ter</sup> E-StGB) weiter verfolgt werden. Dies forderten auch entsprechende parlamentarische Vorstösse. Die entsprechenden gesetzgeberischen Arbeiten stehen im vorparlamentarischen Verfahren. Von einem Vernehmlassungsverfahren zu einem Vorentwurf ist nichts bekannt. Bundesrat Christoph Blocher äusserte sich bereits am 15. Juni 2005 anlässlich der Behandlung der Petition der Jugendsession 2003 für die „Durchsetzung des Verbotes jeglicher Symbole, welche den Nationalsozialismus und den Faschismus öffentlich verherrlichen“ (04.2010) und einer Motion der Rechtskommission des Nationalrates zur „Verwendung von Symbolen, welche extremistische, zu Gewalt und Rassendiskriminierung aufrufende Bewegungen verherrlichen, als Straftatbestand“ (04.3224) im Ständerat wie folgt: „Wir werden uns hier noch etwas die Zähne ausbeissen. Aber das ist jetzt auch weniger vordringlich.“ Inzwischen haben verschiedene Exponenten in der politischen Diskussion auch eine Überprüfung des bestehenden Art. 261<sup>bis</sup> StGB eingefordert.

Angesichts der besonderen Schutzwürdigkeit der betroffenen Rechtsgüter und mit Blick auf die Konspiration in einschlägigen Gruppierungen, rechtfertigt es sich, den Strafuntersuchungsorganen das Mittel der Kommunikationsüberwachung zur Verfügung zu stellen. Entsprechend soll der Straftatenkatalog des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF, SR 780.1; Art. 3 Abs. 2 lit. a) angepasst werden. „Die Revision des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs soll sich auf die Aufnahme des bestehenden Art. 261<sup>bis</sup> StGB (Rassendiskriminierung) in den Straftatenkatalog beschränken.“ (EJPD 2004) Zum jetzigen Zeitpunkt steht diese Revision des BÜPF jedoch noch aus.

Auf die Änderungen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120), denen teils ebenfalls repressiven Charakter zukommt, wurde bereits oben eingegangen.

Die von der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus empfohlene Überarbeitung des Leitfadens zu Art. 261<sup>bis</sup> StGB wurde vom Dienst für Analyse und Prävention (DAP) aufgrund der in einer Umfrage bei den kantonalen und ausgewählten städtischen Polizeikommandos festgestellten wenig dringlichen Bedürfnisse aus Ressourcengründen zurückgestellt (Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001: 64).

### *Koordination*

Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus hat empfohlen (1) durch geeignete Massnahmen die Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Kantonsbehörden zu stärken. Weiter empfahl sie, (2) eine interdepartementale Arbeitsgruppe zu schaffen, die sich kurz- und mittelfristig mit der Umsetzung der vorgelegten Massnahmen beschäftigen sollte. Weiter wurde angeregt, (3) die personellen Ressourcen bei der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) zu erweitern und zu prüfen, (4) inwiefern die EKR oder eine neu zu schaffende Einheit in der Bundesverwaltung die Koordination der gesellschafts-politischen Massnahmen übernehmen könnte. (Arbeitsgruppe Rechtsextremismus 2000: 52-3)

ad (1): Der Bericht der Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung führt auf, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden durch Informationsveranstaltungen des DAP und der EKR, durch regionale Arbeitsgruppen sowie durch die Einbindung der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 11.11.2000, Nr. 264: 16), der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) und der EDK in die Erhebungen und die Planungen präventiver Massnahmen nachhaltig verstärkt wurden. Die EKR verfügt in den kantonalen Verwaltungen über Kontaktpersonen, mit denen sie einen regelmässigen Austausch pflegt. (Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001: 65)

ad (2): Mit dem Auftrag der Koordination an das EJPD und dem Einsetzen der interdepartementalen Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung hat der Bundesrat in seinem Beschluss vom 2. Oktober 2000 dem Vorschlag der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus entsprochen.

ad (3) und (4): Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 21. Februar 2001 vom Entscheid des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) Kenntnis genommen, im Generalsekretariat des EDI eine Fachstelle für Rassismusbekämpfung zu schaffen und das Sekretariat der ERK zu verstärken (Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001: 66; EDI 2001). Die Fachstelle hat ihre Arbeit im Januar 2002 aufgenommen (Schweizerisches Bundesrat 2004: 5069).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus im Bereich Koordination sehr weitgehend gefolgt wurde.

### *Information und Forschung*

In ihrem Bericht hat die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus empfohlen, (1) die Information der Öffentlichkeit zu verbessern, (2) ein sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm zu den Ursachen des Rechtsextremismus in Auftrag zu geben und (3) eine Aktualisierung der Studie „Rechtsextremismus in der Schweiz“ (Altermatt und Kriesi 1995) zu veranlassen.

ad (1): Der Bericht der Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung (2001: 69) betont die Bedeutung der Medienarbeit, enthält aber keine konkreten Aussagen zur Information der Öffentlichkeit im Allgemeinen. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) wie auch die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) betreiben Öffentlichkeitsarbeit und tragen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei.

ad (2) „Aufgrund einer ausführlichen Modulskeizze beschliesst der Bundesrat [am 15. Juni 2001], das NFP 40 «Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität» um einen Betrag von 4 Millionen Franken aufzustocken. Er erteilt dem Schweizerischen Nationalfonds entsprechend den Auftrag, das Zusatzmodul 40+ «Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenmassnahmen» mit einer Forschungslaufzeit von 3 Jahren zu realisieren. Betont wird im Beschluss insbesondere die Notwendigkeit, Anhaltspunkte zu ermitteln, mit welchen Massnahmen der Rechtsextremismus wirkungsvoll bekämpft werden kann.“ (Schweizerischer Nationalfonds 2004: 8). Am 28. Mai 2002 erfolgte sodann die öffentliche Ausschrei-

bung zu Forschungsprojekten (siehe Schweizerischer Nationalfonds 2002). Die Forschungsarbeiten sind noch im Gange (vgl. [www.nfp40plus.ch](http://www.nfp40plus.ch)).

ad (3) Hinsichtlich einer Neuauflage der Studie „Rechtsextremismus in der Schweiz“ liegen keine spezifischen Angaben vor. Im Bericht der Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung (2001: 68) heisst es dazu: „Die Studie soll die eingeleiteten Forschungsarbeiten des NFP 40+ ergänzend begleiten und schon im Vorfeld der auf frühestens 2003 erwarteten Ergebnisse auf generelle Fragen nach den Ursachen und Hintergründen Antwort geben. Die soziologischen Aspekte sollen im Rahmen des NFP 40+ vertieft werden.“ Das Nationale Forschungsprogramm NFP40+ befasst sich in seiner Gesamtheit und in verschiedenen Teilprojekten mit Themen, die jenen der Studie von 1995 teilweise entsprechen.

Während die Empfehlung zur Verbesserung der Information der Öffentlichkeit wenig konkret ist und deshalb schwer zu entscheiden ist, ob diese auch umgesetzt wird, folgte der Bundesrat mit der Initiierung eines Forschungsprogramms dem Vorschlag der Arbeitsgruppe. Mit diesem Forschungsprogramm wird teilweise auch der Bedarf nach einer Neuauflage der Studie Altermatt/Kriesi (1995) abgedeckt.

#### *Gesamtgesellschaftliche Aspekte*

##### a) Fonds, nationale Anlaufstelle, Projekte

Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus hatte empfohlen, (1) einen Fonds zur Realisierung von Projekten zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu schaffen, (2) eine Anlaufstelle und ein Nottelefon für Opfer rechtsextremer Gewalt und für Ausstiegswillige einzurichten, (3) ein Pilotprojekt ‚Konfliktinterventionsteams im Bereich Rassismus/Rechtsextremismus‘ zu lancieren sowie (4) die Erklärung betreffend der individuellen Mitteilungsverfahren im Rahmen des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung abzugeben.

ad (1) Am 21. Februar 2001 beschloss der Bundesrat die Einrichtung des Fonds „Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte“. Er sprach für die Jahre 2001 bis 2005 15 Millionen Franken zur Unterstützung von Projekten in den Bereichen Schule und Bildung, Sensibilisierung und Prävention sowie Opfer- und Konfliktberatung (Bundesratsbeschluss vom 21. Februar 2001; EDI 2001)<sup>14</sup>. Dieser Entscheid stand auch im Zusammenhang mit dem Bericht der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (UEK) und mit einer in diesem Rahmen erfolgten Ankündigung des Bundesrates (EDI 2001). Mit diesen Mitteln wurden in den Jahren 2001 bis 2005 über 500 Projekte im schulischen und ausserschulischen Bereich finanziell unterstützt.

ad (2) Nachdem die Einrichtung eines Nottelefons auch von der KKJPD gefordert wurde, wurde dieses Begehren jedoch vorerst von der Bundespolizei mit Hinweis auf fehlendes Konzept und fehlende Übersicht abgelehnt (Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001: 69-70). Eine Studie im Auftrag der EKR ergab, dass ein grosser Handlungsbedarf besteht (Kamm und Cattacin 2002; D’Amato und Gerber 2002). Das Vorhaben wurde dann durch die FRB weiterverfolgt. Die Opfer- und Konfliktberatung fand auch Eingang in die Verordnung zum obenerwähnten Fonds (SR 151.21; vgl. Fussnote). Inzwischen steht eine entsprechende Informationsplattform auf dem Internet zur Verfügung (siehe [www.rechtsextremismus.ch](http://www.rechtsextremismus.ch)). Die Fachstelle selbst führt auf ihrer Website ein Adressbuch der Anlauf- und Beratungsstellen für Opfer von rassistischer Diskriminierung und für Hilfe in Konfliktsituationen.

ad (3) Hinsichtlich des Vorschlags eines Projektes zu Konfliktinterventionsteams sind Aussagen schwierig, weil derartige Initiativen bei verschiedenen Stellen auf den unterschiedlichen Ebenen und

---

<sup>14</sup> Vgl. auch Verordnung über die Unterstützung von Sensibilisierungs- und Präventionsprojekten für Menschenrechte sowie gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vom 27. Juni 2001 (AS 2001 1785-8) sowie die Änderungen vom 23. Februar 2005 (AS 2005: 5675-6; SR 151.21).

Sektoren ergriffen wurden und zudem eine Abgrenzung zu bestimmten, durch den Fonds „Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte“ geförderten Projekten schwerfällt.

ad (4) Die Schweiz hat am 19. Juni 2003 eine Erklärung betreffend Artikel 14 des Internationalen Übereinkommens vom 21. Dezember 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung abgegeben (SR 0.104; AS 2005: 87) und ist damit der Empfehlung der Arbeitsgruppe gefolgt (vgl. Schweizerischer Bundesrat 2001).

#### b) Prävention in der Schule

Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus hatte (1) der EDK empfohlen, neue Empfehlungen zum Thema Rechtsextremismus auszuarbeiten, (2) die Kantone dabei zu unterstützen, die präventive Information an Schulen sowie die Beratung von Schulen und Lehrpersonen zu verstärken (3) die Rekrutenschulen aufzufordern, das Thema Rechtsextremismus in das Ausbildungsprogramm zu integrieren und (4) die Präventionsmassnahmen unter Einbezug der Schweizerischen Koordinationsstelle für Verbrechensbekämpfung zu konzipieren und durchzuführen.

ad (1) Eine Neuausarbeitung der Erklärung zu Rassismus und Schule der EDK vom 6. Juni 1991 ist bisher nicht erfolgt.

ad (2) Namentlich der Fonds „Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte“ (siehe oben) fördert präventive Massnahmen sowie Beratungsangebote im Schulbereich. Auch viele Kantone und zivilgesellschaftliche Akteure verfügen über präventionsorientierte Projekte im Schulbereich, namentlich im Bereich der Gewaltprävention. Die Schulsozialarbeit erhält zunehmendes Gewicht. Ob diese Aktivitäten an der Basis mit dem Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus in direktem Zusammenhang stehen, muss jedoch in Frage gestellt werden. Zumeist werden diese Aktivitäten durch lokale Ereignisse ausgelöst.

ad (3) Das Thema Rechtsextremismus ist in den Rekrutenschulen nicht fester Bestandteil des Ausbildungsprogramms. Dies sei aus Ressourcengründen nicht umsetzbar (Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001: 74). Jedoch wurde das Thema Rechtsextremismus im Rahmen der militärischen Ausbildung auf anderen Stufen durchaus aufgegriffen.<sup>15</sup> Weiter wurde die Fachstelle Extremismus in der Armee geschaffen, die vorerst beim Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) angesiedelt war und heute aufgrund eines Bundesratbeschlusses vom 15. August 2005 an die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) beim Generalsekretariat des Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) angegliedert ist.<sup>16</sup>

Diese Entwicklungen können jedoch nur beschränkt als Folge des Berichts der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus interpretiert werden. Die Armee hatte sich der Extremismus-Thematik bereits früher angenommen (siehe Generalstabschef 1998).

ad (4) Seitens der Koordinationsstelle für Verbrechensbekämpfung (heute Schweizerische Kriminalprävention) in Neuenburg sind im Bereich Rechtsextremismus keine Präventionsmassnahmen ergriffen worden. Es konnten auch keine Hinweise daraufhin identifiziert werden, dass die Stelle zur Konzeption derartiger Massnahmen beigezogen worden wäre.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Empfehlungen für die Prävention teilweise umgesetzt wurden. Während die Aktivitäten des Fonds „Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte“ durchaus einen Bezug zu dem hier interessierenden Bereich aufweisen, sind viele der diesbezüglichen

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Fallstudie Nr. 7 ‚Aus- und Weiterbildung in der Armee‘; siehe auch Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001: 65-6 und 74.

<sup>16</sup> Zur Fachstelle Extremismus in der Armee vgl. die entsprechende Fallstudie Nr. 1.



Aktivitäten nicht durch den Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus ausgelöst worden. Dies steht sicherlich auch damit in Zusammenhang, dass nicht der Bund, sondern die einzelnen Kantone über die entsprechenden Kompetenzen im Schulbereich verfügen.

### 3.4 Fazit

Der innert kürzester Zeit erstellte Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus (2000) hat in verschiedenen Bereichen den Weg für Massnahmen gegen Rechtsextremismus geebnet. Obwohl die Arbeitsgruppe bei der Erarbeitung des Berichts auf die Realisierbarkeit der Massnahmen achtete, sind jedoch zum heutigen Zeitpunkt keineswegs alle der im Bericht enthaltenen Massnahmenvorschläge auch aufgegriffen worden. Einige der Massnahmen wurden bereits im ersten Jahr nach Abschluss der Arbeiten verworfen, wie dies dem Bericht der Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung (2001) zu entnehmen ist. Andere sind dort als noch zu realisieren ausgewiesen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass speziell jene Vorschläge umgesetzt wurden,

- die direkt in der Kompetenz des Bundes und speziell der Exekutive liegen,
- die präventiv oder forschungsorientiert und nicht repressiv ausgerichtet sind,
- die durch externe Entwicklungen und Vorfälle wesentlich gefördert wurden.

Zur ersten Bedingung lassen sich sowohl die sicherheitspolizeilichen Massnahmen anführen, die aufgrund einer fehlenden Verfassungsgrundlage auf Bundesebene nur befristet legiferiert wurden. Illustrativ sind hierzu aber auch die Empfehlungen im Bildungsbereich.

Die Ausweitung der Straftatbestände auf rassistische Symbole oder Vereinigungen ist bisher nicht erfolgt; die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) und der Fonds „Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte“ sind jedoch geschaffen worden. Ebenso wurde das Nationale Forschungsprogramm „Rechtsextremismus“ (NFP 40+) lanciert. Dies zeigt eine gewisse Zurückhaltung bei repressiven Massnahmen, die stärker in die individuelle Lebenswelt eingreifen als andere Interventionsformen.

In Bereichen, in denen der Handlungsdruck auch nach Abschluss der Tätigkeiten der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus aufrecht erhalten blieb, fielen Entscheide zugunsten der empfohlenen Massnahmen offensichtlich leichter. Dies zeigt sich etwa im Fall des Hooliganismus, wo aufgrund der kommenden Fussballeuropameisterschaften ein erhöhter Handlungsdruck bestand.

Ein wesentliches Erfolgselement bestand darüber hinaus einerseits in der Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, die wesentliche (vor allem verwaltungsinterne) Akteure eingebunden hat, andererseits der Umstand, dass die Arbeitsgruppe die Machbarkeit der vorgeschlagenen Massnahmen kritisch prüfte. Durch diese Ausrichtung, die bei der Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung (2001) noch stärker zum Tragen kam, etwa indem kein externer Experte mehr einbezogen war, war der Fokus relativ eng. Es gab kaum die Möglichkeit, unorthodoxe und (vermeintlich) weniger umsetzbare Massnahmen zur Diskussion zu stellen. Dafür lässt sich festhalten, dass ein recht hoher Anteil der im Bericht vorgeschlagenen Massnahmen im Nachgang auch realisiert werden konnte.

## **4 Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus Kanton Basel-Landschaft vom November 2001**

### **4.1 Einleitung**

Ausgelöst durch verschiedene Vorfälle, namentlich einem Aufmarsch von rund fünfzehn bis zwanzig Skinheads resp. rechtsextremen Sympathisanten (vgl. Kohler 2000: 3; JPMD 2001: 3) am Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess am 17. August 2000, hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft am 5. September 2000 beschlossen, eine Arbeitsgruppe Rechtsextremismus einzusetzen und damit zu beauftragen (Regierungsrat 2000):

- bis Ende Januar 2001 eine Lagebeurteilung vorzunehmen,
- bis Mitte 2001 gestützt auf die Lagebeurteilung Massnahmenvorschläge zuhanden des Regierungsrates auszuarbeiten sowie
- die Information des Regierungsrates sicherzustellen.

Nachdem durch einen Sachverständigen bis Ende Dezember 2000 eine Lagebeurteilung vorgenommen worden war (Kohler 2000), legte die Arbeitsgruppe im November 2001 den sogenannten 2. Bericht mit Massnahmenvorschlägen vor (JPMD 2001). Dieser Bericht bildet den Gegenstand der vorliegenden Kurzevaluation.

### **4.2 Untersuchungsinstrumente**

Die Datenerhebung verlief auf zwei Ebenen. In einem ersten Schritt wurden sämtliche schriftlichen Dokumente zum Bericht und zur Umsetzung der Massnahmen sowie parlamentarische Vorstösse und andere schriftliche Aussagen von Politikerinnen und Politikern erfasst und analysiert. Zweitens wurden involvierte Personen in leitfadengestützten Interviews befragt. Die Interviewpartner waren zum einen Mitglieder der Arbeitsgruppe, zum anderen waren es Personen, die als Externe von den Massnahmen betroffen waren und bei der Umsetzung einzelner Massnahmen Verantwortung und gewisse Aufgaben zu übernehmen hatten.

### **4.3 Deskription**

#### **4.3.1 Ausgangslage und Hintergrund**

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe und die zwei Berichte zum Thema Rechtsextremismus im Kanton Basel-Landschaft sind auf den Regierungsratsbeschluss vom 5. September 2000 zurückzuführen. Dieser Regierungsratsbeschluss bildet die Reaktion auf verschiedene Aktivitäten rechtsextremer Kreise in der Schweiz, wie die Vorfälle vom 1. August 2000 anlässlich der Bundesfeier auf dem Rütli und besonders ein Aufmarsch einer Gruppe von Skinheads am 17. August 2000 in Liestal (Volksstimme, 22.8.2000: 3). Aufgrund eines Informationspapiers vom 22. August 2000 hat der Regierungsrat am 29. August 2000 folgendes beschlossen (JPMD 2001: 3):

„Auf Vorschlag des Justiz-, Polizei- und Militärdirektors beschloss der Regierungsrat:

- dass weiterhin keine Toleranz gegenüber irgendwelchen Verletzungen der Rechtsordnung – speziell der Antirassismus-Bestimmung des Strafrechts – zu üben ist,
- dass weiterhin konsequent öffentliche Anlässe zu verhindern sind, die der Manifestation und der Verbreitung rechtsextremer Parolen dienen,

- dass eine Arbeitsgruppe einzusetzen ist, die den Auftrag hat, die rechtsextreme Situation in Kanton BL zu analysieren und dem Regierungsrat Massnahmenvorschläge zu unterbreiten.“

Der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD) hat er den Auftrag, erteilt einen Wahlvorschlag für eine Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ vorzuschlagen. An der Sitzung vom 5. September 2000 hat der Regierungsrat diese Arbeitsgruppe personell besetzt und mit einem Auftrag versehen (Regierungsrat 2000).

Die genannten Vorkommnisse führten auch zu einer Resolution des Landrats vom 7. September 2000 (Landrat 2000: 569-72), zur Einreichung von zwei Interpellationen im Landrat<sup>17</sup>, zu einer öffentlichen Gegenkundgebung mit gegen 1'000 Teilnehmenden am 9. September 2000 in Liestal (Neue Zürcher Zeitung, 11.9.2000, Nr. 211: 9) sowie zur Gründung des Komitees "Liestal schweigt nicht" (Landrat 2000: 598-600; Volksstimme 22.8.2000: 3). Die Medienaufmerksamkeit für die Thematik Rechtsextremismus blieb hoch, auch aufgrund der Aktivitäten des Komitees ‚Liestal schweigt nicht‘ sowie eines Entscheides des Baslerbieter Regierungsrates, der am 19. Dezember 2000 eine Beschwerde der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) gegen ein Demonstrationsverbot in Liestal abgelehnt hatte (Basler Zeitung, 20.12.2000).

#### 4.3.2 Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus

Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus, die vom Regierungsrat am 5. September 2000 eingesetzt wurde, setzte sich aus folgenden Personen zusammen (Regierungsrat 2000):

- Stephan Mathis, Direktionssekretär JPMD, Leitung
- Peter Guggisberg, akademischer Adjunkt JPMD, Aktuariat
- Barbara Umiker, Leiterin Kommunikation JPMD, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation
- Dr. Thomas Faust, Jugendanwalt, JPMD
- Dr. Martin Leuenberger, Direktionssekretär EKD
- Dorothee Widmer, Schulinspektorin, EKD
- Dr. med. Emanuel Isler, Chefarzt Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, VSD

Die Tätigkeiten der Arbeitsgruppe werden von einem Leitungsorgan bestehend aus den Regierungsräten Peter Schmid, Vorsteher der Erziehungs- und Kulturdirektion (EKD), und Andreas Koellreuter, Vorsteher der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion begleitet. Weiter erhält die Arbeitsgruppe die Ermächtigung verwaltungsinterne und externe Fachleute beizuziehen und diesen auch selbständig Aufträge zu erteilen.

Der Regierungsrat erteilte der Arbeitsgruppe folgende Aufträge (Regierungsrat 2000):

- Erstellung einer Lagebeurteilung betreffend die Verbreitung des Rechtsextremismus im Kanton Basel-Landschaft (bis Ende Januar 2001);
- Massnahmenvorschläge gemäss Lagebeurteilung (bis Mitte 2001) und – soweit durch aktuelle Entwicklungen geboten – Vorschläge für Sofortmassnahmen zuhanden des Regierungsrats;
- Sicherstellung der Information des Regierungsrats über die Entwicklung des Rechtsextremismus im Kanton Basel-Landschaft.

<sup>17</sup> Es handelte sich dabei um die Interpellation von Roland Plattner (SP, Reigoldswil) „Rechtsradikalismus“ (2000/171) sowie um die Interpellation von Esther Maag (Grüne Fraktion, Liestal) „Massnahmen gegen Rassismus und Rechtsradikalismus“ (2000/176). Diese beiden Interpellationen wurden – unter anderem mit dem Verweis auf die eingesetzte Arbeitsgruppe – am 19. Dezember 2000 beantwortet.

Den ersten Teilauftrag erfüllte die Arbeitsgruppe, indem sie Franz Kohler (PMS Kohler, Rodersdorf) damit beauftragte, einen Grundlagenbericht zu erstellen. Kohler hatte bereits vorgängig einen analogen Bericht für das Justizdepartement des Kantons Basel-Stadt erstellt (Kohler 1999; vgl. Neue Zürcher Zeitung, 9.8.2000, Nr. 183: 13). Im Dezember 2000 legte der Beauftragte das Grundlagenpapier (Kohler 2000) vor.

Am 13. März 2001 nahm der Regierungsrat Kenntnis von diesem Bericht und den darauf basierenden Überlegungen der Arbeitsgruppe (Regierungsrat 2001). Besonders hervorgehoben wird dabei der Aspekt der Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt, wo – wie sich etwa an einer gemeinsamen Fachkonferenz vom 23. November 2000 gezeigt habe – eine nicht signifikant andere Situation anzutreffen ist.<sup>18</sup> Der Regierungsrat hielt weiter an dem zweiten Teilauftrag fest, dass ihm die Arbeitsgruppe bis Ende Juni 2001 Massnahmenvorschläge unterbreiten soll. Zudem erteilte er den Auftrag, eine Medienorientierung zu den Ergebnissen des Grundlagenberichts durchzuführen und den Bericht zu veröffentlichen (vgl. Volksstimme, 26.4.2001, Nr. 50: 1; Neue Zürcher Zeitung, 26.4.2001, Nr. 96: 17). Die Veröffentlichung des Grundlagenberichts hatte wiederum ein Nachspiel im Parlament.<sup>19</sup>

#### **4.3.3 Der 2. Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus vom November 2001: Massnahmen**

Dieser Bericht vom November 2001 (JPMD 2001) – als zweiter Bericht bezeichnet, weil das Grundlagenpapier (Kohler 2000) als erster Bericht galt – umfasst 25 Seiten und enthält nach einer knappen Einleitung eine Kurzdarstellung der Arbeitsgruppe (Zusammensetzung, Auftrag) und eine Zusammenfassung des Grundlagenberichts (Kohler 2000). Im umfangreicheren zweiten Teil werden verschiedene Massnahmen unterteilt auf die Ebenen Politik, Jugendarbeit, Sport, Eltern, Schule und Polizei und Strafjustiz diskutiert. Nach einer Zusammenschau der Empfehlungen folgen sodann Ausführungen zum weiteren Vorgehen, besonders zur Schaffung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt, zu den Kosten sowie Anträge der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus an den Regierungsrat. Im Anhang zum Bericht findet sich zudem ein Musterbrief der Polizei an betroffene Eltern.

Die Arbeitsgruppe orientierte sich für die Erarbeitung der Empfehlungen einerseits an der Fragestellung „Welche Massnahmen sind geeignet, das Gefahrenpotenzial, das von rechtsextremistischen Tendenzen unter Jugendlichen ausgeht, zu reduzieren?“, andererseits an der bereits im Bericht Kohler definierten Ebenenstruktur (JPMD 2001: 7-8).

Am 12. Dezember 2001 teilt der Regierungsrat mit, dass er den Massnahmenempfehlungen folgt und namentlich die Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD) sowie die Erziehungs- und Kulturdirektion (EKD) damit beauftragt die empfohlenen Massnahmen umzusetzen. Weiter beauftragt er die Arbeitsgruppe einen Vorschlag für eine gemeinsame Arbeitsgruppe der beiden Basel auszuarbeiten.

---

<sup>18</sup> Dies stellt eine inhaltliche Abweichung zu Aussagen im Grundlagenbericht dar, wo auch auf Differenzen zwischen den Kantonen hingewiesen wird (Kohler 2000: 19-20).

<sup>19</sup> Interpellation von Hans Schäublin vom 21. Juni 2001: Erarbeitung eines Grundlagenpapiers betreffend der Verbreitung des Rechtsextremismus unter schweizerischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Baselbiet.

## 4.4 Analyse

Die Mehrheit der Massnahmen betrifft die Bereiche Prävention und Information. Dadurch umfassen die Massnahmen einen grossen Kreis an Beteiligten und Betroffenen. Die Adressaten des Berichts wie auch die durch die Massnahmen anvisierten Zielgruppen sind auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems angesiedelt, sowohl auf kommunaler und kantonaler Ebene als auch auf Bundesebene. Besondere Relevanz haben die Massnahmen und ihre Umsetzung für den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, der die Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hatte, sowie für die direkt an der Umsetzung Beteiligten.

### 4.4.1 Diffusion des Berichts (Frage 1)

Der Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus wurde im Kanton Basel-Landschaft breit veröffentlicht. Begleitend zur Publikation gab es am 12. Dezember 2001 eine Medienorientierung. Die Resonanz in den Medien war gross. So finden sich nicht nur Beiträge in Zeitungen wie Volksstimme (13.12.2001: 1) oder Basler Zeitung (13.12.2001 sowie 21.12.2001), sondern auch in der Neuen Zürcher Zeitung (13.12.2001, Nr. 290: 14) oder bei Associated Press Worldstream - German (12.12.2001). Zudem erfolgte die Diffusion des Berichts auch über die entsprechenden Kontaktnetze der Mitglieder der Arbeitsgruppe. Einzelne Mitglieder der Arbeitsgruppe haben sich auch öffentlich zu Fragen des Rechtsextremismus geäussert (siehe etwa Neue Zürcher Zeitung, 8.5.2001, Nr. 105: 69).

Die Diffusion des Massnahmenkatalogs verlief auch über die Mitglieder der Arbeitsgruppe. Durch die heterogene Zusammensetzung der Arbeitsgruppe konnte je nach Bereich und Thema ein Kontaktnetz eines Mitgliedes genutzt werden. Bei der Entwicklung und Formulierung der Massnahmen wurde die Information der Betroffenen auch immer gleich einbezogen. Es wurden zudem Massnahmen verfasst, welche die Information zum Inhalt hat. So wurden die Information und Aufklärung an Schulen, die Vernetzung aller involvierten Stellen, die Zusammenarbeit mit Basel-Stadt und die Information über das konsequente Vorgehen bei Verletzung der Rechtsordnung in der Arbeitsgruppe als mögliche Massnahme diskutiert und bei der Diffusion des Berichts berücksichtigt.

### 4.4.2 Wahrnehmung durch die Adressaten (Frage 2)

Die Adressaten des Berichts wie auch die Zielgruppen einzelner Massnahmen sind auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems angesiedelt. Von der kommunalen und kantonalen Ebene bis zur Ebene des Bundes wurden Personen und Institutionen angesprochen.

#### *Verwaltungsinterne Adressaten*

Die verwaltungsinternen Adressaten des Berichts, welche die Massnahmen umzusetzen hatten, waren zumeist auch Mitglieder der Arbeitsgruppe oder hatten einen engen Bezug zur Arbeitsgruppe. Aus diesem Grund war die Wahrnehmung bei den verwaltungsinternen Adressaten sehr hoch, da sie beim Entstehen des Berichts beteiligt waren. Die Adressaten nahmen auch die sie betreffenden Massnahmen in einem hohen Grad wahr, da sie sich an der Formulierung der Massnahmen aktiv einbringen konnten.

Besondere Relevanz hatte und hat die Tätigkeit für den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, welcher die Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hatte. Der damalige Vorsteher der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion, Andreas Koellreuter, und sein Team engagierten sich intensiv bei der Begleitung der Arbeitsgruppe. Inhaltlich waren sich die verwaltungsinternen Adressaten über die Zielsetzung, keine Toleranz gegenüber Rechtsextremismus, einig und nahmen dadurch den Bericht und die damit verbundenen Massnahmen interessiert wahr.

### *Sensibilisierung der Bevölkerung*

Ein Ziel der Arbeitsgruppe war und ist es, ein Zeichen zu setzen. Unter anderen sollte der Bericht der Arbeitsgruppe auch dazu dienen, die Bevölkerung zu informieren und zu sensibilisieren.

Die Bevölkerung nahm die Tätigkeit der Arbeitsgruppe und damit indirekt vom Bericht Kenntnis, indem von politischer Seite ganz klar Position gegen Rechtsextremismus bezogen worden war. Vor allem die Regierung, der Vorsteher des Justizdepartements Andreas Koellreuter (FDP) und der Bildungsdirektor Peter Schmid (SP), aber auch die Parteien haben zur Thematisierung und Sensibilisierung beigetragen. Der Bericht erhielt zudem ein grosses Medienecho, das weit über die Kantonsgrenzen hinausreichte. Wie weit auch die Bundespolitik vom Bericht Kenntnis nahm, ist schwer zu beurteilen. Diese konzentrierte sich in der fraglichen Zeit wohl eher auf den Bericht der Arbeitsgruppe des Bundes zur Koordination und Umsetzung von Massnahmen im Bereich Rechtsextremismus vom Oktober 2001 (Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001). Auf jeden Fall konnte bei den Arbeiten auf Bundesebene keine direkten Referenzen auf die Arbeiten im Kanton Basel-Landschaft identifiziert werden. Das heisst aber nicht, dass der Bericht aus dem Kanton Basel-Landschaft auf Bundesebene nicht zur Kenntnis genommen worden wäre.

#### **4.4.3 Akzeptanz (Frage 3)**

Dadurch dass viele Adressaten auch Mitglieder der Arbeitsgruppe waren, war die Akzeptanz der Massnahmen entsprechend hoch. Die Unterstützung und das „Hinstehen“ der Regierung zeigten zudem den Adressaten und der Bevölkerung, welch hohen Stellenwert der Problematik und der Tätigkeit der Arbeitsgruppe zugemessen wurde. Dies stärkte die Akzeptanz des Berichts. Der Bericht fand auch in den Medien und bei interessierten zivilgesellschaftlichen Kreisen, etwa beim Komitee ‚Liestal schweigt nicht‘, eine zustimmende Aufnahme (Basler Zeitung, 21.12.2001). Bei der Akzeptanz der spezifischen Massnahmen in den einzelnen Verwaltungseinheiten, aber auch bei den Gemeinden und der Öffentlichkeit gab es gemäss Interviewaussagen durchaus Differenzen.

Auf der Bundesebene wurde der Einsatz der Regierung des Kantons Basel-Landschaft und der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus keineswegs abgelehnt. Es bestehen etwa Kontakte zur Eidgenössischen Rassismuskommission (ERK); da jedoch die Bundes- und Kantonszuständigkeiten differieren, sind die jeweiligen Aktivitäten nicht von zentraler Bedeutung für die jeweils andere Ebene.

#### **4.4.4 Entscheid über die Umsetzung der einzelnen Massnahmen (Frage 4)**

Jene Entscheide zur Umsetzung, welche in die Kompetenzen der Mitglieder der Arbeitsgruppe oder in jene des Regierungsrates fallen, sind schon sehr früh getroffen worden, teilweise schon vor der Publikation des Berichts. Bestimmte Massnahmenempfehlungen richteten sich an externe Stellen (etwa an Bundesrat und Bundesversammlung) oder die kantonalen Stellen sind bei deren Durchführung auf die Mitwirkungen Dritter angewiesen (etwa auf den Kanton Basel-Stadt bei einer gemeinsamen Arbeitsgruppe oder auf kommunale Behörden). In diesen Fällen fielen die Entscheidungen erst im Nachgang zur Publikation des Berichts. Da die Arbeitsgruppe Basel-Landschaft nach Abschluss des Berichtes weiterhin tätig war, handelt es sich zudem um einen offenen Prozess. Aktuelle Vorfälle (siehe dazu unten, der Coop Pronto-Vorfall) und Beiträge Externer (etwa die runden Tische mit Gemeinden, siehe ebenfalls unten) stellen für die Arbeitsgruppe immer wieder neue Problemstellungen dar. Das Weiterbestehen der Arbeitsgruppe wie auch weitere umgesetzte Massnahmen (siehe unten) weisen aber darauf hin, dass die Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen im Kanton Basel-Landschaft als Daueraufgabe gesehen wird.

#### 4.4.5 Umsetzung der Massnahmen (Frage 5)

Die Arbeitsgruppe hat sechs Präventionsbereiche definiert, in denen sie tätig ist: Politik, Jugendarbeit, Sport, Elternarbeit, Schule, Polizei- und Strafjustiz. Die formulierten Massnahmen wurden je nach Adressat einem bestimmten Präventionsbereich zugeteilt. Auf der Ebene der Politik wurden sieben Massnahmen formuliert. Für die Bereiche Jugendarbeit und Sport gab es je zwei Massnahmen, für den Bereich Elternarbeit eine Massnahme. Je vier Massnahmen wurden für die Bereiche der Schule und auf der Ebene der Polizei und Strafjustiz definiert. Abbildung B im Anhang enthält eine Überblicksdarstellung zu den Massnahmen, geordnet nach Bereich und Zuständigkeit.

Bei der Umsetzung der Massnahmen gab es keine grossen Grundsatzdiskussionen, da diese bereits bei der Formulierung und Entscheidungsfindung über die Umsetzung einer Massnahme geführt worden waren und man bereits in dieser ersten Phase stark darauf geachtet hat, dass die Massnahmen auch umsetzbar sind. Es war der Arbeitsgruppe wichtig, Massnahmen zu formulieren, die umsetzbar sind, sowohl bezüglich der personellen als auch der finanzpolitischen Ressourcen.

In den folgenden Kapiteln werden einzelne Massnahmen und ihre Umsetzung präsentiert und kommentiert.

##### *Präventionsfeld: Politik*

###### a) Bekenntnis

Gemäss Vorschlag der Arbeitsgruppe soll seitens des Regierungsrates und des Landrates in offiziellen Dokumenten, Verlautbarungen und bei anderen Gelegenheiten ein deutliches Bekenntnis zum Ausdruck kommen, dass die Problematik ernst genommen wird und dass der Bekämpfung des Rechtsextremismus hohe Priorität zukommt.

Dies wurde in mündlicher wie in schriftlicher Form von einzelnen Regierungsräten und Parlamentariern vorgenommen. In Zeitungsinterviews aber auch in offiziellen Berichten und Programmen<sup>20</sup>, wurden die Thematik und die Position der Politik dargelegt. Hingegen scheint die Thematik – stützt man sich auf die Amtsberichte – seit Ende 2003 nicht mehr von hoher Relevanz zu sein.<sup>21</sup> Wir können also den Schluss ziehen, dass die Empfehlungen der Arbeitsgruppe nur eine beschränkte Dauerhaftigkeit erzielen konnten – jedenfalls wenn man sich an den Amtsberichten des Regierungsrates orientiert.

###### b) Selbstverpflichtung zur Thematisierung

Die einzelnen Regierungsmitglieder nehmen nicht wie im Massnahmenkatalog vorgesehen einmal jährlich im Rahmen eines Referats oder bei anderer Gelegenheit Stellung zum Thema. Diese spezifische Massnahme ist über längere Zeit – und besonders in Zeiten geringer Salienz der Thematik – kaum ins Zeitmanagement eines Regierungsmitglieds einzubauen, besonders bei jenen Regierungsmitgliedern, deren Zuständigkeitsbereich kaum Bezüge zur Thematik aufweist.

Beim Landrat verhält sich die Situation bei den einzelnen Parlamentarierinnen und Parlamentariern sehr unterschiedlich, wobei hier die parteipolitische Zugehörigkeit zentral erscheint. Zudem lässt sich auch bei den Landrätinnen und Landräten feststellen, dass die Themenkonjunktur relevant ist. Nach den Resolutionen<sup>22</sup> und einer Interpellation<sup>23</sup> im Jahr 2000 und einer – kritischen – Interpellation zur

---

<sup>20</sup> Siehe dazu exemplarisch: Regierungsrat 2003: 47; Regierungsrat 2004: 57; Regierungsrat 2005b: 31.

<sup>21</sup> Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist in den entsprechenden Amtsberichten nicht mehr enthalten (Regierungsrat 2005a; 2006).

<sup>22</sup> Resolution der Fraktionspräsidenten/in der FDP, SP, CVP und Grünen vom 7.9.2000 [2000/162] und Resolution der SVP-Fraktion vom 7.9.2000 (2000/163).

<sup>23</sup> Esther Maag, Grüne Fraktion, vom 7.9.2001 (2000/176)

Publikation des Grundlagenberichts im Jahr 2001<sup>24</sup> sind keine weiteren parlamentarischen Vorstösse zu verzeichnen.<sup>25</sup>

### c) Bereitstellung der Strukturen

Gemäss Massnahmenempfehlung sollen die erforderlichen Strukturen, wie spezialisierte Dienste Fachgremien, Anlaufstellen, Arbeitsgruppen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bereitgestellt werden. Als zuständig wird für die Massnahme der Regierungsrat vorgesehen, wobei der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD) innerhalb der Verwaltung die Federführung zukommen soll. Der Regierungsrat hat die Schaffung einer entsprechenden Stelle gutgeheissen. Dieser Entscheid setzt sich ab von Entscheiden in anderen Kantonen; so wurde etwa in den Kantonen Zürich oder Bern die dauerhafte Einrichtung einer Fachstelle als nicht notwendig erachtet (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 8.12.2000, Nr. 287: 51; Neue Zürcher Zeitung, 4.4.2001, Nr. 79: 14).

Die JPMD richtete umgehend eine Anlauf- und Beratungsstelle ein, wobei sie sich dabei auf den bereits für den Grundlagenbericht beigezogenen Experten, Franz Kohler, PMS Kohler, Rodersdorf, stützte. Diese Anlaufstelle sollte namentlich Beratungsleistungen zugunsten ausstiegswilliger Jugendlicher und betroffener Eltern und Gemeinden wahrnehmen. Für den Betrieb dieser Anlaufstelle wurden jährlich Franken 24'000 veranschlagt.

Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Kantons Basel-Landschaft wurde nach Abschluss des Berichts weitergeführt. Im April wurde zudem eine gemeinsame Arbeitsgruppe Rechtsextremismus der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt geschaffen. Sie setzt sich aus Personen der zuständigen Stellen der beiden Kantone zusammen, ergänzt um den externen Experten Franz Kohler. Sie erhielt folgende Aufträge: Analyse der Verbreitung des Rechtsextremismus in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt und in der Region; regelmässige Berichterstattung über ihre Erkenntnisse und ihre Tätigkeiten an die beiden Kantonsregierungen; Vorschläge zuhanden der Kantonsregierungen zu erforderlichen Massnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus; Verfügbarkeit als Ansprech- und Beratungsstelle für Fragen und Anliegen der Bevölkerung und der Behörden im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus; Koordination der Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit anderen Kantonen und mit dem Bund; Information der Öffentlichkeit über die Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus in Absprache mit den beiden Kantonsregierungen.<sup>26</sup> Im Gefolge der Tätigkeiten dieser gemeinsamen Arbeitsgruppe wurde anfangs 2003 die von Franz Kohler betriebene Anlauf- und Beratungsstelle auch für Personen aus dem Kanton Basel-Stadt geöffnet.<sup>27</sup>

Aufgrund von Äusserungen von Franz Kohler gegenüber den Medien und eines nicht umfassenden Dementi kam es bei der Anlauf- und Beratungsstelle zu einem personellen Wechsel. Am 2. Juni 2003 hat Kohler sein Mandat niedergelegt, bereits per 1. Juli 2003 konnte Dr. Dieter Bongers, Liestal, für diese Aufgabe gewonnen werden.

Der Regierungsrat hat seine Verantwortung wahrgenommen und unter der Führung der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus geschaffen, die mit ihrer Tätigkeit den Rechtsextremismus zu bekämpfen und seine Ausbreitung zu verhindern sucht. Die Arbeitsgruppe pflegt nicht nur ein verwaltungsinternes Netzwerk (verschiedene Ämter, Polizei, Staatsanwaltschaft), sondern

<sup>24</sup> Hans Schäublin, SVP, vom 21.6.2001 (2001/174)

<sup>25</sup> Ein Postulat der SVP-Fraktion mit dem Titel „Keine Duldung von undemokratischen Parallelgesellschaften“ vom 8.12.2004 (2004-316) ist gegen islamistische Vereinigungen ausserhalb der Rechtsordnung gerichtet.

<sup>26</sup> Siehe Medienmitteilungen des Regierungsrates Basel-Stadt und des Regierungsrates Basel-Landschaft vom 30.4.2002 sowie des Justizdepartements des Kantons Basel-Stadt vom 2.5.2002.

<sup>27</sup> Medienmitteilung des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt vom 4. Februar 2003. Diese Öffnung erfolgte vorerst für eine Testphase von einem Jahr.



hat zu weiteren betroffenen Kreisen, wie Gemeinden, Jugendarbeitern, Vereinen und SBB Kontakt und kommt der Forderung nach interdisziplinärer Zusammenarbeit nach. Auch die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenze hinweg im Rahmen der interkantonalen Arbeitsgruppe wird von verschiedenen Seiten als sehr gut bezeichnet.

Neben der kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppe funktioniert die Zusammenarbeit auch innerhalb der runden Tische gut. Die runden Tische werden gemeinsam mit Gemeinden<sup>28</sup> durchgeführt. Zu dieser Zusammenarbeit kam es, da es das gleiche Problem, die Ansammlungen von Jugendlichen an zentralen Orten meistens im Zusammenhang mit der Bahn, die zu Auseinandersetzungen führten, in verschiedenen Gemeinden gab.

Die gute Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und Gemeinden wird auch seitens der Gemeinden betont. Als grossen Gewinn schätzt man, dass wirklich sämtliche involvierten Personen zusammen an einem Tisch sitzen und die verschiedenen Probleme von allen gemeinsam behandelt werden. Dadurch entstehen wichtige Synergien und Absprachen können sofort und verbindlich getroffen werden. Die runden Tische werden als ein wichtiges Instrument erachtet, um Erfahrungen möglichst schnell und umfassend weitergeben zu können und um möglichst viele verschiedene Personenkreise wie Gemeindepräsidenten, Schulbehörden, Rektorate, Jugendsachbearbeiter, Sozialbehörden, Gemeindepolizei, Gemeindeverwalter, Kantonspolizei, Regierungsräte, Juristen, etc. zu erreichen. Viele Themen und Probleme werden am runden Tisch angesprochen. Oft kann so von bereits gemachten Erfahrungen von anderen Teilnehmern profitiert werden. Kritisch angemerkt wurde, dass eine frühzeitige Festlegung der Inhalte der Treffen es den Teilnehmenden erleichtern würde, sich (gegebenenfalls mit zusätzlichen Abklärungen) gut vorbereiten zu können. Diese organisierte Form der Zusammentreffen und Zusammenarbeit hat auch den positiven Effekt, dass die Fachstellen miteinander sprechen. Oft sind sie zu stark vom Tagesgeschäft vereinnahmt und es fehlt der Freiraum für einen Austausch, sofern ein solcher nicht organisiert erfolgt. Eine interviewte Person beschrieb es folgendermassen: „Es braucht eine klare Führung, damit die Beteiligten bereit sind, aus der Routine des Alltags auszubrechen und sich für etwas zu engagieren.“

#### d) Information der Öffentlichkeit

Der Bericht schlägt vor, durch eine offensive und transparente Informationspolitik die Information der Bevölkerung über die Tendenzen und Risiken des Rechtsextremismus sicherzustellen. Besonders betont wird dabei eine auf die Zielgruppe und die besonderen Verhältnisse abgestimmte Vorgehensweise. Für diese Massnahme soll der Regierungsrat zuständig sein, wobei wiederum der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (JPMD) die Federführung innerhalb der Verwaltung zukommen soll.

Wie aus dem vorangegangenen Kapitel hervorgeht, wird dieses Interventionsfeld durch die Aktivitäten der Arbeitsgruppen wie auch durch die Anlauf- und Beratungsstelle recht gut abgedeckt. Hinsichtlich der aktiven Informationspolitik liesse sich kritisch anmerken, dass die Thematik bei Ausbleiben entsprechender rechtsextremistischer Vorfälle kein Medienereignis darstellt. Die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit für die Thematik Rechtsextremismus ist im Vergleich zum Jahr 2000 generell sicherlich zurückgegangen. Eine Ausnahme bildet dabei der Vorfall am 30. April 2004 am Bahnhof Liestal, als durch eine Gruppe von 15 Angehörigen einer Skinhead-Gruppierung ein Überfall auf den Coop Pronto-Shop erfolgte. Hier hat die JPMD mit einer aktiven Informationspolitik reagiert.<sup>29</sup>

<sup>28</sup> Wie Gelterkinden, Sissach, Pratteln und Laufen.

<sup>29</sup> Siehe Medienorientierung der JPMD Basel-Landschaft vom 4.6.2004 in Liestal. Im abgegebenen Presserohstoff enthalten sind auch allgemeine Feststellungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Kanton Basel-Landschaft.

#### e) Zusammenarbeit und Kommunikation

Gefordert wird hier eine intensivierte vernetzte und interdisziplinäre<sup>30</sup> Zusammenarbeit mit den Gemeinwesen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Wie oben bereits dargelegt, konnten in diesem Bereich, namentlich in den Arbeitsgruppen selbst sowie in den Kontakten der Arbeitsgruppen mit externen Stellen, wesentliche Fortschritte erzielt werden. Auch hier stellt sich natürlich die Frage, wie dauerhaft diese Aktivitäten sind. Es muss davon ausgegangen werden, dass viele dieser Aktivitäten auch der Themenkonjunktur ausgesetzt sind. Es bleibt aber zu betonen, dass die entsprechenden Voraussetzungen für die Zusammenarbeit und die Kommunikation geschaffen wurden und sich dadurch eine angemessenere Reaktionsweise bei einer erhöhten Salienz der Thematik realisieren lässt.

#### f) Rechtliche Grundlagen auf Bundesebene

Diese Massnahme umfasst die Aktualisierung und Optimierung der bundesrechtlichen Grundlagen für eine wirksame präventive wie repressive Bekämpfung des Rechtsextremismus, namentlich auch die Einführung eines Verbots der Vornahme rechtsextremer Geste sowie des Gebrauchs von nationalsozialistischen Insignien und Emblemen in der Öffentlichkeit. Der Bundesrat sowie die Bundesversammlung werden als zuständig erklärt.

Für die Entwicklungen auf Bundesebene sei an dieser Stelle auf den Abschnitt 3 oben verwiesen. Hier soll lediglich auf die Beiträge des Kantons Basel-Landschaft an die Meinungsbildung auf Bundesebene eingegangen werden.

Im Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda reichte der Kanton Basel-Landschaft ebenfalls eine Stellungnahme ein (siehe fedpol 2004a). Er begrüsst darin grundsätzlich die Vorschläge des Bundesrates (fedpol 2004a: 7). Er verweist unter aber auch auf die Problematik des Eingriffs in die Meinungs- und Informationsfreiheit sowie in die sicherheitspolizeilichen Vollzugskompetenzen der Kantone (fedpol 2004a: 9-10; siehe auch fedpol 2004a: 20). Er fordert aber auch die Aufnahme von politischen Versammlungen in die Gesetzesvorlage (fedpol 2004a: 11-2) oder eine Präzisierung bei der Beschlagnahme von Propagandamaterial, namentlich beim Aufruf zur Gewalt das Erfordernis der Organisiertheit (fedpol 2004a: 13-5; vgl. auch den Vorbehalt bezüglich der Hooligan-Datenbank fedpol 2004a: 19). Zudem fordert er eine Verschärfung der Interventionsmöglichkeiten bei Internet-Providern (fedpol 2004a: 15-16). Er bringt weiter Bedenken datenschutzrechtlicher Art zur vorgesehenen Datenbank vor, obwohl er eine solche im Grundsatz begrüsst (fedpol 2004a: 16-7). Die Vorschläge zu Artikel 261ter und 261quater StGB sowie zum BÜPF werden vom Kanton Basel-Landschaft ausdrücklich begrüsst; der Regierungsrat bringt hierzu keine bemerkenswerten Einwände ein (fedpol 2004a: 22-7).

---

<sup>30</sup> Der Begriff ‚interdisziplinär‘ meint hier die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachdienste, wie Justiz, Polizei, Jugend- und Sozialarbeit etc.

*Präventionsfeld: Jugendarbeit*

## a) Mobile Jugendarbeit

Die Arbeitsgruppe hat dazu empfohlen, mit Hilfe der mobilen Jugendarbeit an Jugendliche zu gelangen, die zum Rechtsextremismus oder zum Hooliganismus neigen, sowie die Gemeinden bei der Einführung der mobilen Jugendarbeit zu unterstützen.

In der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus diskutierte man Vorgehen und Massnahmen bezüglich mobiler Jugendarbeit, um integrative Prozesse zu initiieren. Auch bei dieser Massnahme sind die Vernetzung; das Nutzen von Wissen und Können, sowie Bedürfnisabklärungen zentrale Pfeiler, nebst der Kontinuität und der Flexibilität auf Veränderungen und neue Situationen eingehen zu können.

Begleitet von einer Fachgruppe bestehend aus Vertretern der Drogenberatung BL, der Schulsozialarbeit, der Polizei und der Jugendanwaltschaft BL wurde von der Stiftung Jugendsozialwerk gemeinsam mit der Stadt Liestal und den umliegenden Gemeinden<sup>31</sup> das Konzept „Streetwork Regio Liestal“ als präventives Angebot erarbeitet. Initiiert wurde das Angebot 2003 von der Stiftung Jugendsozialwerk mit dem Anliegen näher bei der Szene auf der Strasse zu sein und auf deren Entwicklung einwirken zu können. Nach dem Pronto-Shop-Vorfall im April 2004 war klar, dass mit der Lancierung dieses Angebotes nicht länger zugewartet werden durfte, und im August 2004 wurde „Streetwork Regio Liestal“ in vollem Umfang eingeführt. Streetwork ist kein ordnungspolitisches Instrument, sondern sieht sich als ein Beziehungsangebot für junge Menschen. Zwischen den Streetworkern und der Polizei besteht jedoch eine enge Zusammenarbeit.<sup>32</sup>

Ein weiteres Angebot, welches von der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus begrüsst wird, ist das Jugendmobil BL. Es wird von der Fachstelle Offene Jugendarbeit (OJA) betrieben und ist seit 1997 im Betrieb. Die Nachfrage nach professioneller Präventions- und Jugendarbeit in den Gemeinden ist in den letzten Jahren gewachsen. Oft ist es für die Gemeinden schwierig, aus eigener Kraft eine Jugendarbeit aufzubauen. Mit dem Jugendmobil BL besteht ein bestausgebautes mobiles Jugendangebot, mit dem Gemeinden die Möglichkeit erhalten, zieleffektiv und kosteneffizient Angebote der Präventions- und Jugendarbeit umzusetzen.<sup>33</sup>

Nach dem Vorfall im Frühling 2004 am Bahnhof Liestal, bei welchem die Situation eskaliert war, hat sich die Stadt Liestal verstärkt um die Klärung des Missstandes gekümmert. Nach der Prüfung verschiedener Massnahmen hat sich die Stadt Liestal für die Zusammenarbeit mit der SBB entschieden, aus welcher das Projekt „Bahnhofpatenschaft“ entstanden ist. Seit September 2005 sind ehrenamtliche Personen in Zweierteams zu unterschiedlichen Zeiten auf dem Bahnhof Liestal anzutreffen. Durch den kontinuierlichen Einsatz der Patinnen und Paten hat sich die allgemeine Stimmung am Bahnhof verbessert.<sup>34</sup>

Diese drei Angebote zeigen auf, dass die Massnahmenempfehlung zur mobilen Jugendarbeit konkrete Umsetzungsmassnahmen zur Folge hatte. Die konzeptionellen Vorgaben scheinen sich in der Realität zu bewähren. Die ausführenden Institutionen und Personen sind sich der Aufgabe bewusst, dass das Angebot kontinuierlich zu überprüfen ist und gegebenenfalls entsprechende Anpassungen vorzunehmen sind.

---

<sup>31</sup> Arisdorf, Bubendorf, Frenkendorf, Füllinsdorf, Lausen, Liestal, Lupsingen, Seltisberg und Reigoldswil. Vgl. [www.jugendsozialwerk.ch/index.html](http://www.jugendsozialwerk.ch/index.html) [2.2.2007]

<sup>32</sup> Stiftung Jugendsozialwerk, Pressemitteilung vom 17. Dezember 2004.

<sup>33</sup> Siehe [www.jugendsozialwerk.ch/jugendmobil.html](http://www.jugendsozialwerk.ch/jugendmobil.html) [2.2.2007]

<sup>34</sup> Siehe [www.liestal.ch/de/soziales/sozbahnhofpatenschaft/](http://www.liestal.ch/de/soziales/sozbahnhofpatenschaft/) [2.2.2007]

## b) Ausstiegshilfe

Wie im Bericht vorgeschlagen, wird die Ausstiegshilfe für ausstiegswillige Jugendliche durch die Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextremismus wahrgenommen. Dazu sei auf die obigen Ausführungen zu dieser Fachstelle verwiesen (siehe Präventionsfeld: Politik, Abschnitt c). Ein Schwerpunkt im Angebot der Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextremismus ist die Ausstiegshilfe für Jugendliche aus der rechtsextremen Szene. Sie steht den Jugendlichen zur Seite und hilft ihnen bei der Neuorientierung, im Sinne einer "Ausstiegshilfe" als erste Ansprechperson zu dienen. Bedürfen die betreffenden Jugendlichen zusätzlicher Unterstützung von weiteren Fachpersonen, so werden sie an diese weiter vermittelt. Das Angebot scheint einem Bedürfnis der Zielgruppen zu entsprechen und wird von diesen regelmässig beansprucht.<sup>35</sup>

### *Präventionsfeld: Sport*

Zu diesem Bereich formuliert die Arbeitsgruppe zwei Massnahmen. Die erste betrifft die Unterstützung der Kampagne des FC Basel „Begeisterung braucht keine Gewalt“ durch die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Beide Kantone hatten für diese Kampagne bei Abschluss des Berichtes bereits einen Kostenbeitrag von je Franken 50'000 und die Gesamtkosten von Franken 250'000 gesprochen.

Die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus des Kantons Basel-Landschaft bezieht sich in ihrer Massnahme im Präventionsfeld Sport vor allem auf die Fangruppen der professionellen Fussball- und Eishockeyvereine.

Aus der längerfristigen Perspektive wurde ein Fanprojekt in Betracht gezogen. In diesem Projekt steht der Einbezug der Vereine im Vordergrund, eine Erweiterung auf andere Sportarten als Fussball und Eishockey ist prinzipiell möglich. In Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt und der Leitung des FC Basels und des EHC Basels ist das Fanprojekt Basel entstanden. Die beiden Kantone und die zwei Sportvereine bilden die Trägerschaft des Projekts, dessen Planung im Dezember 2001 beschlossen wurde und das seit dem 1. Januar 2003 besteht. Das Fanprojekt Basel ist als Verein organisiert. Die Trägerschaft bildet zugleich den Vorstand des Fanprojekts Basel und stellt die Rahmenbedingungen<sup>36</sup> sicher. Im Projekt arbeiten Fachpersonen aus dem Sozialbereich. Das Fanprojekt Basel bietet den Fans des FC Basel und des EHC Basel fanbezogene und soziale Dienstleistungen an. Es soll die positive Fankultur aktiv fördern und unterstützen sowie präventiv arbeiten. Das Projekt leistet durch seine Arbeit Prävention in den Bereichen Gewalt und Rassismus und trägt zu einer zufriedenen Fangemeinschaft bei. Das Fanprojekt bildet eine wichtige Ergänzung zu ordnungspolitischen Massnahmen im Stadionumfeld.<sup>37</sup>

Das Fanprojekt ist eine Massnahme, mit der man nicht nur punktuell ein Problem lösen will, sondern es ist längerfristig angelegt. Die Trägerschaft ist sich bewusst, dass eine nachhaltige Wirkung nur durch Kontinuität gegeben ist, und dies ist von einer gesicherten Finanzierung abhängig. Die beiden Kantone haben für den Trägerverein "Fanprojekt Basel" für die Jahre 2006 – 2008 Betriebskostenbeiträge in der Höhe von jährlich Franken 80'000 bereitgestellt.<sup>38</sup>

<sup>35</sup> Siehe Medienorientierung der JPMD Basel-Landschaft vom 4.6.2004 in Liestal: 6.

<sup>36</sup> Leistungsauftrag, Finanzierung, Anstellung Personal und Kontrolle des Projekts.

<sup>37</sup> Siehe [www.fanprojekt-basel.ch](http://www.fanprojekt-basel.ch) [2.2.2007]; vgl. Artho und Nübold 2005.

<sup>38</sup> Regierungsrat Basel-Stadt: Medienmitteilung vom 24. Januar 2006.

*Präventionsfeld: Elternarbeit*

In der Arbeitsgruppe fand zum Thema Elternarbeit eine breite Diskussion unter anderem zu Elternbildungsmassnahmen statt. Besprochen wurde, ob und welcher effektiver Nutzen die Formulierung von konkreten Massnahmen bringen würde. Als sehr wichtig wurde die Unterstützung der Eltern durch Ansprech- und Fachpersonen erachtet. Aus diesem Grund hat man als konkrete Massnahme die Benennung einer Ansprechperson für die Eltern formuliert. Die Aufgabe dieser Person oder Stelle ist es, als Erstkontakt für die Eltern, welche Unterstützung oder Rat suchen, da zu sein. Je nach Problem kann die Ansprechperson die Eltern auch an entsprechende Fachstellen weiterleiten.

Diese Aufgabe der Elternunterstützung wurde in den das Aufgabenportfolio der Anlauf- und Beratungsstelle Rechtsextremismus (siehe Präventionsfeld: Politik, Abschnitt c) aufgenommen und in diesem Rahmen auch wahrgenommen.

*Präventionsfeld: Schule*

Ein zentrales Präventionsfeld für die Arbeitsgruppe Rechtsextremismus bildet der Bereich Schule. Das Amt für Volksschulen ist mit der Fachstelle Jugend und Gesellschaft in der Arbeitsgruppe vertreten und dadurch aktiv an der Formulierung und Ausgestaltung der Massnahmen beteiligt.

Im Präventionsbereich Schule hat die Arbeitsgruppe vier Massnahmen verfasst:

1. Bildung einer Koordinationsgruppe „Rechtsextremismus und Schulen“ innerhalb der Erziehungs- und Kulturdirektion.
2. Einsetzung einer Arbeitsgruppe innerhalb des Schulinspektorats, die sich mit den Konsequenzen befasst, welche sich aus dem Grundlagenbericht (Kohler 2000) ergeben.
3. Vernetzung der bestehenden Strukturen im Bereich Jugend- und Gesellschaftsfragen.
4. Formulierung von Leitbild und Schulprogramm in den Schulen. Die Behandlung der Thematik Rechtsextremismus in der Ausbildung der Schulleitungen und der Lehrpersonenfortbildung.

Die Dokumentenanalyse und Gespräche mit verschiedenen Interviewpartnern haben gezeigt, dass die Massnahmenvorschläge nicht wie von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen umgesetzt wurden, sondern man hat die Massnahmen als Grundlage genommen, um der Situation und den Ressourcen angepasst, die Anliegen einzubringen und die beabsichtigten Ziele erreichen zu können.

Im Kanton Basel-Landschaft erachtet man die Strukturen innerhalb des kantonalen Bildungswesens als einen der entscheidenden Pfeiler für ein gutes Schul- und Lernklima. Die Philosophie des Amts für Volksschulen ist es, den einzelnen Schulen möglichst viel Autonomie auch in finanzieller Hinsicht zu überlassen. Im Zentrum stehen nicht Klassen, die angesprochen werden sollen, sondern man arbeitet mit der Einheit „Schule“; das heisst, man pflegt den Kontakt mit Schulleitungen, welche die Probleme und Bedürfnisse ihrer Schulen anbringen können. Das Ansprechen von Schulen und nicht von einzelnen Klassen oder Klassenstufen ergibt eine andere Sichtweise, die gemäss der Interviewpartner besser auf die Anliegen der Schule und Lehrpersonen eingeht.

Seine zentrale Aufgabe sieht das Amt im Bereich Jugend- und Gesellschaftsfragen in der zur Bereitstellung von Instrumenten, welche die Schulen je nach Bedürfnis auswählen und nutzen können. Die Thematik Rechtsextremismus wurde in den umfassenden Schulschwerpunkt „Gesundheitsförderung inkl. Sucht und Gewalt“ integriert. Das Amt für Volksschulen des Kantons Basel-Landschaft hat Ende des Jahres 2005 den Ordner „Sicherheit und Gesundheit“ lanciert. Als Vorlage diente der Ordner des Kantons St. Gallen, der übernommen und den eigenen Bedürfnissen und Verhältnissen angepasst wurde. Das Arbeitsinstrument sowie die damit verbundenen Ideen wurden den Lehrpersonen an einer

grossen Veranstaltung mit Gastreferenten zu verschiedenen spezifischen Themen vorgestellt. Ansonsten werden die Schulleitungen und Lehrpersonen auf schriftlichem Weg und an den Lehrpersonenfortbildungen über Erneuerungen und Änderungen im Bildungswesen bezüglich Schwerpunktthemen oder Instrumenten und Arbeitsmittel informiert. Die Schulen werden zu keiner Thematik verpflichtet, sie können nach eigenem Ermessen die Schwerpunkte festlegen, die sie behandeln möchten. Das Amt vertritt die Ansicht, dass z.B. nicht in jeder Schule das Thema Rechtsextremismus behandelt werden muss.

Im Rahmen des Schwerpunkts „Gesundheitsförderung“ werden auch allgemeine Werte wie keine Toleranz gegenüber Gewalt in den Leitbildern der Schulen festgehalten. In diesen allgemeinen Formulierungen ist die Haltung gegenüber dem Rechtsextremismus eingeschlossen.

Neben dem schriftlichen Verkehr und grösseren einmaligen Veranstaltungen pflegt das Amt für Volksschulen einen regelmässigen Austausch mit Schulleitungen, Schulräten und Lehrpersonen. Man trifft sich vierteljährlich zum Austausch von Informationen in so genannten Steuerungsgruppen. Dieser Austausch läuft seit rund 15 Jahren, die Strukturen der Treffen und die Zusammensetzung der Personen wurden in dieser Zeit den jeweiligen Bedürfnissen angepasst. Es besteht dadurch ein Austausch zwischen den Akteuren des Bildungswesens und es besteht eine höhere Transparenz der Bedürfnisse, Absichten und Ideen.

Sowohl die kantonalen Stellen wie auch die Lehrpersonen machen klar den Unterschied zwischen pädagogischer Arbeit und Therapie. Es ist die Aufgabe von Therapeuten oder Fachpersonen in grossen Krisen zu intervenieren. Die Vernetzung mit dem ausserschulischen Umfeld, Sozialdienste, Vormundschaftsbehörden, Jugendanwaltschaft, Polizei wurde im Kanton Basel-Landschaft intensiviert und wird von den befragten Personen als gut bezeichnet. Man pflegt einen regelmässigen Austausch.

Als Präventionsmassnahme besuchen die Jugendanwaltschaft und die Jugendsachbearbeiter der Polizei die Schulen. Die Jugendsachbearbeiter wurden unter anderem in der Polizei eingeführt, damit man präventiv mehr mit Jugendlichen arbeiten kann und nicht erst eingreift, wenn ein Vorfall passiert ist. Diese Jugendsachbearbeiter haben sich an den Schulen vorgestellt. Das heisst, sowohl Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrpersonen wissen, wer ihre Ansprechpartner bei der Polizei sind. Die Zusammenarbeit mit der Polizei und mit der Ansprech- und Beratungsstelle verläuft gemäss den Angaben in den Interviews gut. Die Polizei hilft z.B. aktiv mit, wenn es darum geht, Informationsmaterialien für die Schule zusammenzustellen (vgl. Amt für Volksschulen 2003). Lehrpersonen können bei Problemen aber auch wenn sie die Thematik mit ihrer Klasse bearbeiten wollen auf die professionelle Unterstützung der Anlauf- und Beratungsstelle zurückgreifen.

Als problematischer Faktor zur Behandlung eines Themas wie Rechtsextremismus wird die Zeit bezeichnet. Um einem solchen Thema gerecht zu werden, braucht es zur Behandlung genügend Zeit. Wichtig ist es, dass Raum für eine Auseinandersetzung vorhanden ist, dass man lernt andere Meinungen auszuhalten. Die Zeit fehlt den Lehrpersonen oft, um die verschiedenen Gesellschaftsfragen vertieft zu bearbeiten, was dazu führen kann, dass die Thematik Rechtsextremismus ohne konkreten Anlass oft nicht behandelt wird. (Vgl. auch Widmer 2003)

*Präventionsfeld: Polizei- und Strafjustiz*

Die vier Massnahmen im Präventionsfeld Polizei- und Strafjustiz sind präventiver und repressiver Art:

Die Polizei verfasste wie in der ersten Massnahme vorgeschlagen einen *Informationsbrief*, der sich an die Praxis im Kanton Aargau anlehnt und der auch im Anhang des Berichts abgedruckt ist. Er richtet sich an die *Erziehungsberechtigten* von rechtsextremistisch gesinnten Jugendlichen bis 18 Jahre und soll diese auf das Problem aufmerksam machen. Es konnte nicht eruiert werden, wie häufig dieses Schreiben in der Praxis eingesetzt wird und welche Erfolge damit erzielt werden konnten.

Die *Prävention an der Schule* nehmen vor allem die Jugendsachbearbeiterinnen und -bearbeiter der Polizei war. Sie pflegen Kontakt mit den Schulleitungen und Lehrpersonen, mit der Ansprech- und Beratungsstelle und sie koordinieren die Zusammenarbeit mit der Jugendstaatsanwaltschaft. Sie leisten wichtige Informations- und Aufklärungsarbeit indem sie Klassen besuchen und an Referaten oder Diskussionsforen teilnehmen. Die Jugendsachbearbeiterinnen und -bearbeiter unterstützen das Amt für Volksschulen und die einzelnen Schulen beim Erarbeiten von Informations- und Unterrichtsmaterial. (Vgl. auch oben, Präventionsfeld: Schule)

Die Polizei setzte auch die dritte vorgeschlagene Massnahme um. Sie verfasste ein *Informationsschreiben an Vermieterinnen und Vermieter* von Waldhütten und anderen Lokalen. Nebst der Information und Sensibilisierung ging es auch darum, den Vermietenden aufzuzeigen, wie eine Vermietung mit Auflagen verbunden werden kann.

Die Polizei und die Strafverfolgungsorgane<sup>39</sup> sollen gemäss Bericht die Rechtsordnung konsequent anwenden und damit aufzeigen, dass sie als Repräsentanten des Rechtsstaats keine Toleranz gegenüber irgendwelchen Arten von Extremismus tolerieren. Die Polizei hat zu intervenieren, wenn Rechtsgüter unmittelbar gefährdet oder beeinträchtigt sind.

Die vierte Massnahme in diesem Interventionsfeld befasst sich mit der *Informationsbeschaffung* zu neueren Entwicklungen und Tendenzen in rechtsextremen Kreisen. Die Polizei soll dabei bewusst distanzierte Kontakte zu den rechtsextremen Gruppierungen und deren Verantwortungsträgern pflegen. Sie arbeitet auch mit dem Dienst für Analyse und Prävention beim Bundesamt für Polizei sowie mit anderen Kantonen zusammen, wenn es um die Informationsbeschaffung zu Personen aus der rechten Szene geht. Zudem sucht die Polizei bewusst den Kontakt zur Szene, um präventiv wirken zu können und um Demonstrationen und andere Anlässe überwachen und soweit erforderlich verhindern zu können. Wie weit diese Massnahme in der Praxis auch umgesetzt wurde, lässt sich generell schwer beurteilen. Es ist anzunehmen, dass auch die Polizei angesichts knapper Ressourcen diese Massnahme je nach Problemdruck unterschiedlich weitgehend wahrnimmt.

---

<sup>39</sup> Jugendanwaltschaft, Bezirksstatthalterämter, Staatsanwaltschaft.

## 4.5 Fazit

Unbestreitbar konnten im Kanton Basel-Landschaft mit der gewählten Vorgehensweise wesentliche Fortschritte erzielt werden. Besonders hinzuweisen ist dabei auf folgende Aspekte:

- Im Kanton Basel-Landschaft bestehen tragfähige und dauerhafte Strukturen zum Umgang mit dem Problembereich Rechtsextremismus.
- Die problembezogene Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fachdiensten konnte deutlich gestärkt werden. Es konnte in vielen Beziehungen eine Zusammenarbeit über territoriale und fachliche Grenzen hinweg erreicht werden.
- Das Thema Rechtsextremismus wird im Kanton Basel-Land kontinuierlich bearbeitet, auch wenn die Intensität der Aktivitäten bis zu einem gewissen Grad auch hier der Themenkonjunktur unterworfen ist.
- Es besteht ein Grundangebot, das potentiellen Nutzern zur Verfügung steht, auch in Phasen, in denen die Thematik wenig Aufmerksamkeit erhält.
- Auftretende Probleme sind in der Regel gut gemeistert worden, das gewählte Arrangement scheint auch in Problemsituationen tragfähig zu sein.

Neben diesen positiven Punkten bestehen aber auch einige Schwächen:

Die Arbeitsgruppen sind mit Ausnahme des Experten, der die Anlauf- und Beratungsstelle betreut, aus Personen der verschiedenen betroffenen Verwaltungsstellen zusammengesetzt. Dies hat hinsichtlich der Massnahmenumsetzung durchaus Vorteile, kann aber auch dazu führen, dass die Offenheit gegenüber neuen und vielleicht unkonventionellen Lösungen geringer ist.

In diesem Zusammenhang fällt auf, dass das Phänomen Rechtsextremismus im Kanton Basel-Landschaft weitgehend als ein Problem schweizerischer Jugendlicher behandelt wird; Überlegungen, die sich mit anderen Teilen der Bevölkerung befassen, sind weitgehend ausserhalb des Fokus der zuständigen Stellen.

Bisher konnte eine Mitarbeit der Judikative (Statthalteramt) in der Arbeitsgruppe aufgrund des Arguments der Gewaltentrennung nicht realisiert werden, was verschiedentlich bedauert wurde.

Trotz der verhältnismässig dauerhaften Lösungen, die getroffen wurden, ist die Thematik Rechtsextremismus auch im Kanton Basel-Landschaft abhängig von der schwankenden Aufmerksamkeit bei Politik und Öffentlichkeit. Ein wichtiger Faktor scheint darüber hinaus auch die personelle Kontinuität bei den involvierten Stellen zu sein.

Zwar konnte nach dem Rücktritt von Franz Kohler innert kürzester Frist ein Nachfolger in der Betreuung der Anlauf- und Beratungsstelle gefunden werden. Trotzdem bleibt festzuhalten, dass die Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle von einer Einzelperson abhängt.

Trotz diesen eher kritischen Anmerkungen bleibt abschliessend festzuhalten, dass der Kanton Basel-Landschaft in vielerlei Hinsicht wesentliche Ergebnisse erzielen konnte. Besonders positiv hervorzuheben ist dabei die – zumindest teilweise etablierte – Grundhaltung, dass auf das Phänomen nicht nur in akuten Situationen reagiert, sondern dass an diesem Thema kontinuierlich gearbeitet werden sollte.



## **5 Anhang**

*Übersicht:*

5.1 Massnahmen

5.2 Interviews

5.3 Quellen- und Literaturverzeichnis

## 5.1 Massnahmen

### A. Übersicht Massnahmenbereiche und Adressaten auf Stufe Bund

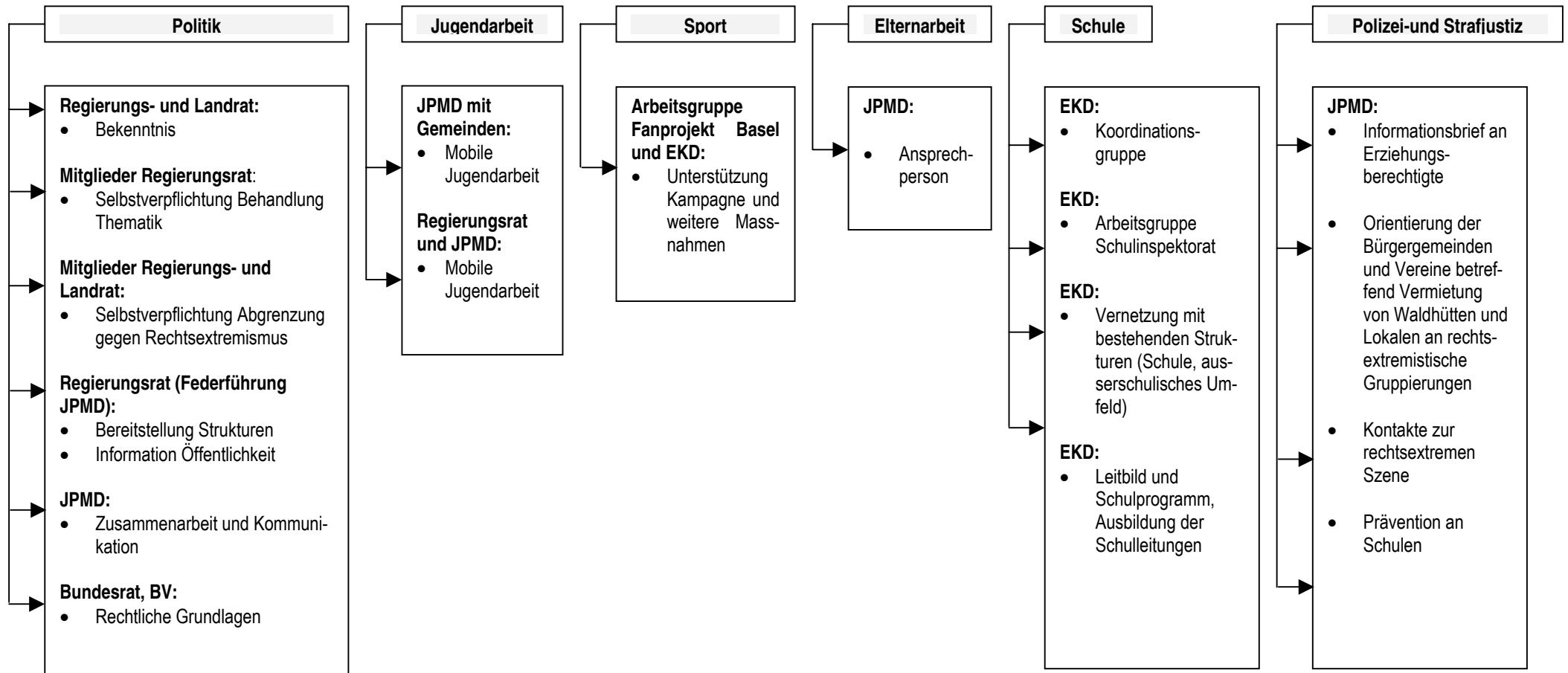
Bericht Arbeitsgruppe

Diffusion

Adressaten				
Sicherheitspolizeiliche Prävention	Repression	Koordination	Information	Gesamtgesellschaftliche Aspekte
<p><b>Staatsschutzbehörde*:</b> Bekämpfung Hooliganismus (Einbezug <b>Eishockey- und Fussballverbände</b>)</p> <p><b>Staatsschutzbehörde:</b> Extremistische Propaganda</p> <p><b>Parlament (Verwaltung, Kommission):</b> Staatsschutzgesetzgebung: Einführung einer neuen Strafnorm (bsp. Art. 261<sup>ter</sup> StGB)</p> <p><b>Parlament (Verwaltung, Kommission):</b> Revision Zollgesetz</p> <p><b>Staatsschutzbehörden:</b> Überprüfung BWIS (Vollzugsverordnung, Instrumente)</p> <p><b>Staatsschutzbehörden, Bundesrat:</b> Internet als Gefahr</p> <p><b>Bundesrat:</b> Verordnung die sich auf Art. 185 Abs. 3 BV stützt.</p>	<p><b>Parlament (Verwaltung, Kommission):</b> Strafbarkeit rechtsex. Gesten und Insignien und Propagandamat. (Art. 261<sup>ter</sup> StGB, Weiterf. Art. 261<sup>bis</sup> StGB)</p> <p><b>Polizei (Bund, Kantone), Grenzschutz- und Zollbehörden:</b> Fernhaltemassnahmen (Einreisesperren), Informationsaustausch</p> <p><b>Bundespoleizei:</b> Beobachtung NPD und NPS**</p> <p><b>Polizei (Bund, Kantone), Grenzschutz- und Zollbehörden:</b> Einheitliches Handeln (<b>Bundespoleizei:</b> Leitfaden Antirassismus-Gesetz)</p> <p><b>Justiz:</b> Strafverfolgung; Sensibilisierung und Schulung</p> <p><b>Bundesrat:</b> Verzicht auf Vorbehalt beim Rassismusartikel (Art. 4 intern. Übereinkommen)</p>	<p><b>Interdepart. Arbeitsgruppe:</b> Überprüfung der Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen</p> <p><b>Bundesrat, Kantone:</b> Phänomen im Rahmen der institutionalisierten Konferenzen beurteilen.</p> <p><b>Bundesrat:</b> Unterstützung der Kantone</p> <p><b>Eidg. Kommission gegen Rassismus (EKR):</b> Aufstockung des Sekretariats um 200 Stellenprozente, Abklärung von Koordinationsaufgaben (evt. andere Bundesstelle)</p> <p><b>Kantone:</b> Regierungsrätliche Kommissionen, Anlaufstellen</p>	<p><b>Gesellschaft:</b> Klare Haltung gegenüber extrem. Tendenzen beziehen</p> <p><b>EKR od. Schweiz. Koordinationsstelle für Verbrechensbekämpfung:</b> Information vor Ort</p> <p><b>Bund:</b> - Information der Öffentlichkeit, - sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm, - Update der Studie „Rechtsextrismus in der Schweiz“</p> <p>(Politiker: klare Aussagen gegen Rassismus Unternehmen: Öffentl. Vertretene Leitlinien Medien: Berichte über Opfer)</p>	<p><b>Bund:</b> Überprüfung eines Fonds, Erklärung zu Art. 14 intern. Übereinkommen abzugeben ist</p> <p><b>Bund, Kantone, Gemeinden:</b> Anlaufstellen, Nottelefon, (Ombudsstellen in Kantonen)</p> <p><b>Kantone:</b> Angebote zur Konfliktintervention</p> <p><b>Bund, Kantone, Gemeinden:</b> Evaluation des bestehenden Angebots (NGO), weitere Projekte lancieren</p> <p><b>Schulleitung:</b> Präventiv handeln, Interventionsangebot</p> <p><b>EDK:</b> Empfehlung zu Rechtsextr.</p> <p><b>Armee:</b> Rechtsextr. behandeln</p> <p><b>Einbezug der eidg. Koordinationsstelle für Verbrechensbekämpfung</b></p>

\* Staatsschutzbehörden des Bundes und der Kantone nach dem BWIS (Bundesgesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit), \*\* Nationale Partei Deutschland und Nationale Partei Schweiz

## B. Übersicht Massnahmen Kanton Basel-Landschaft, geordnet nach Bereichen und Zuständigkeiten



## 5.2 Interviews und Kontakte

Amrein, Beatrice, Dienst für Analyse und Prävention, VBS, Bern.

Boess, Martin, Schweizerische Kriminalprävention, Neuenburg.

Glauser, René, Fachstelle für Jugend- und Gesellschaftsfragen, Amt für Volksschulen BL, Liestal.

Niggli, Marcel, Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie, Universität Fribourg.

Rohrbach, Michel, Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), Bern.

Schaub, Marcel, Abteilungsleiter Sicherheit, Pratteln BL.

Schneeberger, Roger, Generalsekretär, Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD), Bern.

Umiker, Barbara, Leiterin Kommunikation, Justiz-, Polizei- und Militärdirektion des Kanton Basel-Landschaft, Liestal.

Von Däniken, Urs, Leiter Dienst für Analyse und Prävention, VBS, Bern.

## 5.3 Quellen- und Literaturverzeichnis

Altermatt, Urs und Hanspeter Kriesi (Hrsg.) (1995). *Rechtsextremismus in der Schweiz: Organisation und Radikalisierung in den 1980er und 1990er Jahren*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

Amt für Volksschulen (2003). Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Merkblatt für Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen. Liestal: Amt für Volksschulen.

Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung von Massnahmen im Bereich Rechtsextremismus (2001). Koordination und Umsetzung von Massnahmen im Bereich des Rechtsextremismus. Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe an den Bundesrat, Oktober 2001. Bern: Dienst für Analyse und Prävention, Bundesamt für Polizei. [Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001]

Arbeitsgruppe Rechtsextremismus (2000). Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus, September 2000. Bern: Bundesamt für Polizei. [Arbeitsgruppe Rechtsextremismus 2000]

Artho, Jürg und Nicola Nübold (2005). Evaluation Fanprojekt Basel: Schlussbericht. Zürich, Universität Zürich, Sozialforschungsstelle.

D'Amato, Gianni und Brigitta Gerber (2002). Rechtsextremismus und Ausstiegshilfen – Möglichkeiten und Potentiale für die Schweiz. Forschungsbericht 21. Neuchâtel: SFM/FSM.

Eidgenössisches Departement des Innern (2001). Bundesrat bekräftigt sein Engagement gegen Rassismus und Extremismus: Unterstützung für Projekte für Menschenrechte und gegen Rassismus sowie Schaffung einer neuen Fachstelle für Rassismusbekämpfung im EDI. Pressemitteilung vom 21. Februar 2001.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (2004). Griffigere Massnahmen sollen innere Sicherheit stärken. Zum Stand der laufenden Revisions-Arbeiten im EJPD. Medienmitteilungen des EJPD vom 22. Dezember 2004.

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (2005). Ergebnisse der Vernehmlassung über den Vorentwurf zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Juli 2005. Bern: EJPD.

fedpol (Bundesamt für Polizei) (2004a). Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens über den Vorentwurf zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda. Bern.

- fedpol (Bundesamt für Polizei) (2004b). Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda. Vorentwurf und Erläuterungen. Bern.
- fedpol (Bundesamt für Polizei) (2006). Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS). Vorentwurf und Erläuterungen des fedpol vom 31. Januar 2006.
- Generalstabschef (1998). Extremismus in der Armee. Bericht an den Chef VBS vom 16. Dezember 1998. Bern: Eidgenössische Militärbibliothek, KOP 15297.
- Justiz-, Polizei- und Militärdirektion (2001). 2. Bericht der Arbeitsgruppe Rechtsextremismus vom November 2001: Massnahmen. Liestal: JPMD.
- Kamm, Martina und Sandro Cattacin (2002). Hilfe für Opfer rassistischer Diskriminierung. Eine Analyse des Angebots in der Schweiz. Kurzbericht zuhanden der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Forschungsbericht 22. Neuchâtel: SFM/FSM.
- Kohler, Franz (1999). Gutachten zu rechtsextremistischen Tendenzen unter schweizerischen Jugendlichen im Kanton Basel-Stadt. Basel: Justizdepartement, Abteilung Jugend, Familie und Prävention (AJFP).
- Kohler, Franz (2000). Grundlagenpapier zur Verbreitung des Rechtsextremismus unter schweizerischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Basel-Landschaft. Im Auftrag der Arbeitsgruppe betreffend Rechtsextremismus, S. Mathis, Justiz-, Polizei- und Militärdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Rodersdorf: PMS Kohler.
- Landrat des Kantons Basel-Landschaft (2000). Auszug aus dem Protokoll der Landratssitzungen vom 7. September 2000 und vom 21. September 2000. Liestal: Landeskanzlei.
- Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (2000). Einsetzung einer Arbeitsgruppe betreffend Rechtsextremismus. Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft vom 5. September 2000 (Nr. 1774). Liestal.
- Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (2001). Lagebeurteilung betreffend die Verbreitung des Rechtsextremismus im Kanton Basel-Landschaft; weiteres Vorgehen. Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft vom 13. März 2001 (Nr. 421). Liestal.
- Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (2003). Amtsbericht 2002 des Regierungsrates vom 28. Januar 2003. Vorlage an den Landrat (2003/040).
- Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (2004). Amtsbericht 2003 des Regierungsrates vom 3. Februar 2004 (2004/040).
- Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (2005a). Amtsbericht 2004 des Regierungsrates vom 1. Februar 2005 (2005/040).
- Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (2005b). Regierungsprogramm 2004 – 2007 des Regierungsrates. Vom Landrat am 7. April 2005 beschlossene Fassung. (Nr. 2003/232 B).
- Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft (2006). Amtsbericht 2005 des Regierungsrates vom 31. Januar 2006 (2006/040).
- Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (1991). EDK-Erklärung zu Rassismus und Schule vom 6. Juni 1991. Bern: EDK.
- Schweizerischer Bundesrat (2001). Botschaft über die Anerkennung der Zuständigkeit des Ausschusses zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) für die Entgegennahme und Erörterung von Mitteilungen gemäss Artikel 14 des Internationalen Übereinkommens von 1965 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung vom 29. August 2001. BBl 2001 5927-48.

- Schweizerischer Bundesrat (2002). Bundesrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ [siehe Arbeitsgruppe Koordination und Umsetzung 2001]. Pressemitteilung vom 27. März 2002.
- Schweizerischer Bundesrat (2004). Extremismusbericht vom 25. August 2005. BBl 2004: 5011-86.
- Schweizerischer Bundesrat (2005). Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 17. August 2005 (05.065). BBl 2005: 5613-42.
- Schweizerischer Nationalfonds (2002). Nationales Forschungsprogramm Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenmassnahmen. Ausführungsplan. Bern: Schweizerischer Nationalfonds.
- Schweizerischer Nationalfonds (2004). Rechtsextremismus. Ursachen und Gegenmassnahmen. Porträt des Nationalen Forschungsprogramms NFP 40+. August 2004. Bern: Schweizerischer Nationalfonds.
- Stiftung Jugendsozialwerk (2004). Pressemitteilung vom 17. Dezember 2004.
- Widmer, Dorothee (2003). Rechtsextremismus bei Jugendlichen – wie reagieren? Basellandschaftliche Schulnachrichten Nr. 1, März 2003.
- Widmer, Thomas und Christian Hirschi (2007a). „Herausforderungen der Evaluation von Massnahmen gegen Rechtsextremismus“, *LeGes – Gesetzgebung und Evaluation* 18(2): 255-274.
- Widmer, Thomas und Christian Hirschi (2007b). „Leitfaden zur Evaluation von Massnahmen gegen Rechtsextremismus“, in: Fachstelle für Rassismusbekämpfung (Hrsg.) *Rechtsextremismus: Gegenmassnahmen und Evaluation*. Bern: Eidgenössisches Departement des Innern (in Vorbereitung).